

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierteljährlich 2,10 Mark, unter Kreuzband 2,70 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Vorpagen-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin D. 27, Schilderstraße 6
Druck: Vornwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Inserentionspreis:
die sechsgespaltene Kolonelleise 40 Pfennig, für Mitglieder 30 Pfennig
Schluß für Inserate: Montag früh 8 Uhr.

Unterstützt die Bergarbeiter!

Über 200 000 stehen im Kampf um das wichtigste Arbeiterrecht, zur Beseitigung der schlimmsten Mißstände, um eine geringe Verbesserung ihrer seit Jahren ständig gesunkenen Löhne — gegen ein übermütiges und übermächtiges Unternehmertum. Die große Zahl der Streikenden erfordert auch unsere finanzielle Beihilfe. An die immer bewiesene Solidarität unserer Mitglieder werden diesmal größere Anforderungen gestellt; sie werden ihre Ehre darein setzen, den Anforderungen zu entsprechen. **Lebt Solidarität in ausreichendem Maße!**

An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Am 11. März sind die Bergarbeiter des Ruhrkohlenreviers in den Ausstand getreten, um in erster Linie eine der Lebensmittelveruerung angemessene Lohnerhöhung zu erreichen. Eine Reihe weiterer Forderungen betreffend die Lohnzahlungsfristen, Schichtzeit, Ueber- und Nebenschichten, Werkswohnungen, Arbeitsnachweis, Strafwesen, Schiedsgericht, Nichtanrechnung der reichsgesetzlichen Versicherungsleistungen auf die Knappschaftsrente und Wohlfahrts-einrichtungen, sind den Werksverwaltungen unterbreitet worden, treten aber an Bedeutung zurück hinter der Forderung einer 15prozentigen Lohnerhöhung für alle Arbeiter. Die Grubendirektionen haben sowohl die gesamten Forderungen als auch jede Verhandlung mit den Organisationen der Bergarbeiter abgelehnt. Sie erklärten sich zwar teilweise bereit, über eine Lohnerhöhung mit den gesetzlichen Arbeiterausschüssen zu verhandeln, unterließen aber nicht, darauf hinzuweisen, daß diese Ausschüsse in Lohnfragen nicht zuständig seien. Soweit solche Verhandlungen mit Ausschüssen stattfanden, sind sie seither ergebnislos verlaufen.

Der Streik hat sich auf die gesamte Steinkohlenindustrie des Ruhrbezirks mit ihren Nebenanlagen (Kokereien, Wertverbetriebe) ausgedehnt, ist aber auch schon auf andere Reviere (Saar, Deister, Sachsen, Ober- und Niederschlesien) übersprungen. Obwohl der christliche Gewerksverein der Bergleute die Parole des Streikbruchs ausgegeben hat, sind zahlreiche seiner Mitglieder in den Ausstand getreten. Bereits am 12. März überschritt die Zahl der Streikenden 200 000. Infolge der Ausdehnung auf andere Reviere ist diese Zahl fortgesetzt im Wachsen begriffen.

Das Verhalten der Werksbesitzer läßt ein Entgegenkommen an die Forderungen der Arbeiter nicht erkennen. Sie haben für Anfang April d. J. Lohnzulagen bis 10 Proz. in Aussicht gestellt, aber nur für die Schichtlöhne, wobei der weitaus größte Teil der Arbeiter, der im Gedingelohn arbeitet, nicht in Frage kommt. Deren Löhne würden nach der Erklärung der Werksverwaltungen mit der Konjunktur von selbst steigen, d. h. durch Verfahren von Ueber- und Nebenschichten. Die Bergarbeiter fordern dagegen mehr Lohn für die gleiche Arbeit!

Der Zeitraum des Ausstandes ist seitens der Arbeiterschaft sehr günstig gewählt. Eine bessere Konjunktur dürfte für die Bergleute kaum in Jahren wiederkehren. Ihr Streben, den Lohn von 1907 nebst einer der Lebensmittelveruerung entsprechenden Zulage zu erreichen, muß als berechtigt bezeichnet werden. So bedauerlich die Streikbruchtaktik des christlichen Gewerksvereins bleibt, so wollen doch die an der Lohnbewegung beteiligten Arbeiterverbände sich von den Christlichen nicht völlig um den Erfolg der günstigen Konjunktur bringen lassen.

Der Kampf der Bergarbeiter gilt aber auch dem Willkürregiment der Grubenverwaltungen, die jede Organisation ihrer Arbeiter und jeden Einfluß der Letzteren auf die Festsetzung der Arbeitsbedingungen aufs schroffste zurückweisen und das

Regiment des Herrn im Hause dauernd zur Geltung bringen wollen. Während in anderen Berufen sich eine paritätische Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge längst durchgesetzt hat, verharren die Rechenherren auf dem Standpunkt, den Arbeitsvertrag einseitig zu diktieren. Ebenso wie 1905 wäre auch der diesjährige Kampf vermieden worden, wenn der Rechenverband oder die Werksverwaltungen sich auf Vereinbarungen mit den Organisationen oder Vertretungen der Arbeiterschaft eingelassen hätte.

Da die deutsche Bergarbeiterschaft sich angesichts des schroffen Machtzuges der Grubendirektionen und der Massenstreikbruchs-Parole der christlichen Gewerksvereinsleitung auf einen ebenso umfangreichen wie harten Kampf einrichten muß, für den die eigenen Mittel der Organisation kaum hinreichen dürften, so ergeht an die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands hierdurch der Aufruf, die

ausständigen Hunderttausende von Bergarbeitern

durch schnelle Vornahme allgemeiner Sammlungen tatkräftig zu unterstützen. Es werden große Anforderungen an die Solidarität der Arbeiterklasse gestellt, aber wir hoffen, daß die so oft bewährte Opferfreudigkeit sie auch in diesem Riesenkampfe zu den höchsten Leistungen anspornen wird.

An die Vorstände der Gewerkschaften und örtlichen Gewerkschaftskartelle ergeht die Bitte, sofort die nötigen Maßnahmen für diese Sammlungen zu treffen. Die Gewerkschaftskartelle werden ersucht, die Sammlungen an ihrem Orte zu zentralisieren. Sammellisten werden von der Generalkommission nicht versandt; soweit solche erforderlich sind, müssen diese von den Gewerkschaftskartellen beschafft werden.

Gemäß dem Beschlusse des Kölner Gewerkschaftskongresses sind alle für die Bergarbeiter aufgebrauchten Gelder nur an die Generalkommission abzuführen. Für die Ablieferung ist folgende Adresse zu benutzen:

Konto-Nr. 7930, Hermann Kube, Postfachamt Berlin,

oder direkt an

Hermann Kube, Berlin SO., Engelufer 14/15.

Der Einfachheit wegen und um Porto zu sparen, wolle man die letztere Adresse nur benutzen, wenn besondere Umstände die direkte Einsendung der Gelder erfordern. Im übrigen sind alle Geldsendungen unter Angabe der obigen Kontonummer und dem Namen des Kontoinhabers ausschließlich an das Postfachamt Berlin zu richten. Zur Erleichterung der Einzahlungen erhalten in nächster Zeit alle Gewerkschaftskartelle Zahlkarten, auf denen die volle Adresse vordruckt und auf denen nichts weiter nachzutragen ist, als der Betrag, der gesandt wird. Zahlkarten mit dem darauf bezeichneten Betrag können bei allen Postämtern des Reichs unentgeltlich eingeliefert werden. Ortsverwaltungen und Zahlstellen der Verbände, die aus besonderen Gründen Gelder direkt an die Generalkommission einsenden — in der Regel sollen die Gelder an das Gewerkschaftskartell am Orte abgeliefert werden — werden ersucht, gleichfalls nur Zahlkarten zu benutzen und sich solche vom Gewerkschaftskartell aushändigen zu lassen.

Über die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ quittiert. Besondere Quittungen werden dem Einsender nicht zugestellt.

Berlin SO., Engelufer 15, den 16. März 1912.

Die Generalkommission
der Gewerkschaften Deutschlands,
C. Region.

Aus dem Reichstage.

Kämpfe um das Koalitionsrecht.

Als man die Zusammensetzung des neuen Reichstages übersehen konnte, herrschte in weiten politischen Kreisen die Ansicht vor, daß in diesem Reichstage eine Mehrheit für eine Verschlechterung oder Untergrabung des Koalitionsrechtes nicht zustande kommen werde. Trotzdem befand sich unter den zahlreichen Anträgen, die gleich bei Beginn der Reichstagsarbeiten von den verschiedenen Fraktionen eingebracht wurden, ein solcher, der dem Reichskanzler ersucht, „noch vor der in Aussicht gestellten allgemeinen Revision des Reichsstrafgesetzbuchs dem Reichstage einen Gesetzentwurf über Abänderung der Reichsgewerbeordnung bzw. des Reichsstrafgesetzbuchs vorzulegen, durch den ein wirksamer Schutz der Arbeitswilligen gegen Sünderei an der Arbeit, gegen Bedrohungen und Gewalttätigkeiten herbeigeführt und gesichert wird“.

Dieser Antrag wurde gestellt von der konservativen Fraktion, der die Bewegungsfreiheit der Arbeiter von jeher ein Greuel war. Die Abstimmung des Reichstages über diesen Anschlag auf das Koalitionsrecht wird erst gegen den Schluß der Staatsberatung in einigen Wochen stattfinden. Nach dem Standpunkt, den die Redner der einzelnen Fraktionen bei der großen sozialpolitischen Debatte (vom 28. Februar bis 7. März) einnahmen, darf man hoffen, daß der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt wird. Aber damit ist die Sache nicht erledigt. Sie ist vielmehr durch eine vor kurzem im preussischen Herrenhaus stattgefundenene Debatte und durch die Begleiterscheinung des Riesenkampfes der Ruhrbergleute in eine neue Beleuchtung gerückt worden.

Einer aus dem Geschlechte der Buttamer tat sich im Herrenhaus in ähnlicher Weise hervor, wie vor fast drei Jahrzehnten der damalige preussische Minister v. Buttamer, der hinter jedem Streik die Hydra der Revolution lauern sah. Er beantragte, der preussische Ministerpräsident, der zugleich Reichskanzler ist, solle durch eine Gesetzesverschärfung „die Arbeitswilligen und Gewerbetreibenden in der Verwertung ihrer Arbeitskraft und in ihrer geschäftlichen Tätigkeit wirksam schützen vor Bergewaltigung und Bedrückung“. Das Herrenhaus, das vom Volksempfinden unberührt geblieben ist und von den Vorgängen in der lebendigen Welt nur so viel kennt, als seine Mitglieder in den feinsten Sälen, auf den Rennbahnen und an den Spielbanken davon erfahren, stimmte dem Antrage „einstimmig“ zu. Der Regierung, die erklärte, daß sie mit größter Schärfe für den Schutz der Arbeitswilligen eintrete und nicht zögere, alle Kräfte aufzubieten, daß aber bei einem Massenstreik der Schutz jeder einzelnen Person kaum durchführbar sei, wurde für diese letztere Neußerung ganz gehörig der Marsch geblasen. Ein Graf Rietzen-Schwerin erblickte darin „eine Bankrotterklärung der Regierung“ und forderte die Verhängung des Belagerungszustandes.

wenn die sonstigen Machtmittel des Staates nicht ausreichend seien. Der Belagerungszustand bedeutet bekanntlich, daß die Menschen geradezu für vogelfrei erklärt werden; wer gegen die Anordnungen der Militär Gewalt auch nur im mindesten verstößt, kann niedergeschossen werden — von Rechts wegen!

Diese Herrenhausdebatte fand zufällig am ersten Tage des Kohlenarbeiterstreiks statt, der die unausbleibliche Folge der kaltherzigen Zurückweisung der Bergarbeiterforderungen seitens der Grubenkönige war. Trotz des ungeheuren Heeres der Streikenden herrschte im Ruhrrevier eine bewundernswerte Ruhe und Ordnung. Von den Feinden der Arbeiterschaft aber wurden kleine Zwischenfälle, die in Gegenden mit dichter Bevölkerung fast täglich vorkommen, aufgebauht und ohne weiteres den Streikenden zur Last gelegt. Die Regierung hatte nichts eiligeres zu tun, als 6000 Polizisten und Gendarmen im Ruhrrevier zusammenzuziehen, die zum Teil nach den Regeln von Moabit verfahren. Von den übereifrigen Ordnungswächtern, die so dressiert sind, daß sie in jedem Streikenden einfach einen Staatsverbrecher erblickten, wurde blindwütig hineingehauen, wo mehrere Menschen zusammen angetroffen wurden; auch der Revolver trat in Funktion, und mehrere Menschen, die nicht das geringste verbrochen hatten, küßten ihr Leben ein. Sogar zwei Arbeitswillige wurden niedergeschossen, die von sinnestrunkenen Polizisten für Streikende gehalten worden waren. Die Regierung aber schien zu fürchten, daß die Scharfmacher in- und außerhalb des Herrenhauses mit dem riesenhaften Polizeiaufgebot sich noch nicht zufrieden geben würden, sie sandte daher Militär, Kavallerie und Infanterie mit Maschinengewehren ins Streikgebiet, ohne daß es von den Gemeinden verlangt worden war, ja sogar gegen den direkten Protest mancher Gemeinden, die, wie die Stadt Dortmund, erklärten, die Ordnung selbst aufrechterhalten zu können.

Wenn die preußisch-deutsche Regierung in solcher unerhörter Weise gegen ruhige Arbeiter vorgeht, die lediglich von ihrem gesetzlichen Koalitionsrecht Gebrauch machen, so tanzt sie im vorliegenden Falle nicht nur bereitwillig nach der Pfeife der brutalen Volksausbeuter, die am liebsten die ganze Arbeiterbewegung in einem Blutbad erstickten möchten, sondern sie kann sich leider auch berufen auf die schmachvolle Haltung der „christlichen Arbeiterführer“. Der Gewerksverein christlicher Bergleute nahm an dem Kampfe nicht teil, er organisierte den Streikbruch, und seine Führer im Reichstag und seine Presse schrien nach härteren Maßnahmen gegen die Streikenden, nach Polizei und Militär. Ueber dieses schimpflichste Blatt in der bisherigen Geschichte des christlichen Arbeiterbetrugs wird nach Beendigung des großen Kampfes noch ein erstes Wort zu sagen sein. Heute möchten wir die Vorgänge im Ruhrrevier und die Haltung der Parteien bei der Debatte über den Bergarbeiterstreik nur in Vergleich stellen zu den Erklärungen, die zu dem konservativen Antrag betr. den Schutz der Arbeitswilligen abgegeben wurden. Diese Gegenüberstellung zeigt deutlich den großen Widerspruch von Theorie und Praxis.

Es braucht kaum gesagt zu werden, daß die sozialdemokratische Fraktion als Vertretung der deutschen Arbeiterschaft nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis mit der größten Schärfe die volle Koalitionsfreiheit verteidigt und ihren Schutz gegen Unternehmerbrutalität fordert. „Wir wissen“, sagte

der Abg. Wurm, „daß, wenn Sie vom Schutz der Arbeitswilligen sprechen, es sich um den Schutz des Unternehmerprofits, um die Freiheit der Ausbeutung handelt.“ Ist ist es sogar ein falsch verstandenes Profitinteresse, das seine Wurzel hat in Vorurteilen und in der Verbissenheit gegen die Arbeiterorganisationen, das zu erbitterten Kämpfen führt. Die Gefahren für die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, hinter die sich die Unternehmer bei der Ablehnung der Arbeiterforderungen so gern verstecken, sind nicht selten Einbildung und leerer Vorwand. Vor siebzig Jahren schon hat der englische Staatsmann Macaulay festgestellt, daß die von den Unternehmern an die Wand gemalten schweren Folgen der Durchführung des Zehnstundentages ausgeblieben sind. Trotzdem operieren die Unternehmer auch in unseren Tagen noch bei jedem Streik, auch jetzt beim Bergmannsstreik wieder, mit diesem Mittel, und von der Regierung werden sie für ihre Kurzsichtigkeit und ihren Egoismus belohnt mit dem Aufgebot von Gendarmen und Militär gegen ehrlich und gesetzlich kämpfende Arbeiter.

Der „Terrorismus“ spielte natürlich in den Debatten des Reichstages wie des Herrenhauses eine große Rolle. Alle die hundertmal zerstörten Schauermärchen von der Bedrohung und Vergewaltigung nichtorganisierter Arbeiter durch organisierte erleben bei solchen Gelegenheiten ihre Auferstehung. Kein Wort aber fließt über die Lippen eines Regierungsvertreters oder eines Redners der arbeitereindlichen Parteien über den rohesten Terrorismus, der von den Unternehmern betrieben wird, indem sie durch Anschlag oder durch die Arbeitsordnung den Arbeitern die Zugehörigkeit zur Organisation in gesetzwidriger Weise direkt verbieten. Wenn dieser Tage über einen Ufas berichtet wurde, den die Pulverfabrik Rottweil am Schwarzen Brett veröffentlicht hatte, des Inhalts, daß jeder Arbeiter, der sich organisiert oder eine Organisation direkt oder indirekt unterstützt, seine sofortige Kündigung zu erwarten hat, so ist das kein vereinzelter Fall. In der Brauindustrie und vor allem in Brennereien und Mühlen ist ähnliches schon öfters passiert, und erst letzter Tage mußten die Arbeiter in der „Germaniamühle“ in Mannheim um ihr Koalitionsrecht den Kampf aufnehmen.

Auch die Praxis gehört bekanntlich nicht zu den Seltenheiten, daß der organisierte Arbeiter, der durch das Vertrauen seiner Kollegen mit der Vertretung ihrer Wünsche beauftragt wird, unter irgendeinem Vorwande aus Lohn und Brot gejagt wird. Wo blieben bei dem Grafen Carmer-Bieswitz, der im Reichstage Trofodilstränen des Mitleids über die Frauen und Kinder der angeblich durch Terrorismus an der Arbeit gehinderten Arbeitswilligen vergoß, die Mitleidstränen angesichts einer solchen niederträchtigen Brotlosmachung ehrlicher Arbeiter mit Frauen und Kindern? Wie steht es außerdem mit dem Boykott, den die Landwirtsbündler in den Kleinstädten und Dorfgemeinden gegen jeden Kaufmann und Gewerbetreibenden verhängen, der nur bei den Wahlen nicht in ihr Horn bläst? Darüber schweigt bei den konservativen Scharfmachern des Sängers Höflichkeit, obgleich das ein viel schlimmerer Terrorismus ist, als ihn gewerkschaftliche Arbeiter jemals ausüben könnten.

Von den Arbeitervertretern im Reichstag wird seit Jahrzehnten ein gesetzlicher Schutz des Koalitionsrechts gefordert, sie haben aber bei den bürgerlichen Parteien nie Unterstützung gefunden.

Soweit die Fortschrittler in Frage kommen, soll anerkannt werden, daß bei ihnen eine Wendung zum Besseren einzutreten scheint. Haben doch jetzt auch sie einen Antrag gestellt, wonach die Verhinderung des gesetzlichen Gebrauchs des Koalitionsrechts mit Strafe bedroht werden soll. Mit Genugtuung kann auch festgestellt werden, daß der freisinnige Redner in der Reichstagsdebatte über den Bergarbeiterstreik die Bestrebungen der Arbeiter warmherzig unterstützte und die Unterbindung der Koalitionsfreiheit durch völlig überflüssiges Polizei- und Militäraufgebot entschieden verurteilte.

Zur theoretischen Anerkennung der Koalitionsfreiheit, ja sogar zur Verurteilung der Koalitionsverbote rücksichtsloser Unternehmer schlangen sich auch nationalliberale Redner auf, in der Bergarbeiterdebatte aber konnte der nationalliberale Redner nicht umhin, seiner großen Befriedigung über die Entsendung des Militärs Ausdruck zu geben und ein kräftiges Zugreifen zu fordern zur raschen Unterdrückung des Streiks. Was haben bei einer solchen Praxis die Arbeiter von der nationalliberalen Theorie, die Wassermann verkündet? Aber trotz des klaffenden Widerspruches soll eine Stelle aus dieser Theorie hier wiedergegeben werden, weil sie in der gewerkschaftlichen Agitation gute Dienste leisten kann. Wassermann sagte:

„Meine Herren! Wir leben heute in einer Zeit, in der der Organisationsgedanke auf der ganzen Linie seinen Siegeszug vollendet, der Organisationsgedanke, der doch geboren wird aus der Not der Zeit, aus der Tatsache, daß in den deutschen Landen nun Jahr für Jahr Hunderttausende neuer Menschen zuwachen, daß der Kampf ums Dasein, der Streit um die Futterplätze härter und schärfer wird. Wir leben in einer Zeit, in der die Auswanderung von Jahr zu Jahr abnimmt, die Sterblichkeit zurückgeht, und in der der Staat auch für die Säuglinge, die zartesten Existenzen unseres Volkes, eingreift. Da tritt die Not an den einzelnen schärfer heran als in den Zeiten, in denen es hauptsächlich patriarchalisch zugeht und dem einzelnen ein gewisser Nahrungsspielraum garantiert war. Daß in einer solchen Zeit der Organisationsgedanke Triumphe feiern muß in allen Ständen und Berufsgruppen unseres Volkes, das wächst heraus aus der Natur der Dinge. So ist die Arbeiterbewegung geboren worden, als die Industrie ihren Riesenaufschwung nahm, als die Hunderttausende sich zusammenfügten in den Industriezentren, als an den einzelnen die Frage herantrat: Wie kommst Du weiter in Krankheit, Unfall, im Alter, wenn Du verunglückt und invalide wirst?“

Diese Worte des nationalliberalen Führers Wassermann können ebenso verwendet werden zur Aufrechterhaltung der Not der Zeit noch abseits stehenden Arbeitskollegen wie zur Kennzeichnung nationalliberaler Unternehmer, die den Organisationsgedanken für sich zwar ausnützen, bei ihren Arbeitern denselben aber erstickten möchten.

Schlimmer noch als bei den Nationalliberalen ist der Widerspruch von Theorie und Praxis beim Zentrum, das sich in den Schein größter Koalitionsfreundschaft hüllt und zugleich — und zwar durch seine Arbeitersekretäre! — Maschinengewehre gegen Streikende aufzubieten verlangt.

Und die Regierung? Sie merkt, daß eine Mehrheit für einen Eingriff ins Koalitionsrecht nicht zu er-

Die Hefe und ihr Leben.

III. (Nachdruck verboten.)

Der Pasteurischen Experimentaluntersuchung, daß zur Gärung stets lebende Zellen gehören, mußte sich schließlich auch Liebig fügen; freilich schränkte er seine Ansichten nur insofern ein, als er zugab, daß sich die Hefezellen selbst als belebte Organismen nicht in Zerlegung befinden können, wohl aber einzelne von ihnen produzierte Stoffe. Moritz Traube hatte schon im Jahre 1856 die Ansicht ausgesprochen, daß sich in den Hefezellen neben anderen Stoffen ein chemischer Körper befinden müsse, der die Spaltung des Zuckers in Alkohol und Kohlendioxyd (Kohlensäure) bewirke. Damit war die Enzymtheorie bereits angedeutet, die heute für die Erklärung zahlreicher biologischer Vorgänge im Pflanzen- und Tierreich große Bedeutung gewonnen hat. So wurde aus der keimenden Gerste ein Stoff isoliert, der die Stärke in Zucker verwandelt, die Diastase; aus der Hefe wurde bald ein anderer Stoff dargestellt, der Rohrzucker in Trauben- und Fruchtzucker zerlegt, die sogenannte Invertase. Man nannte alle diese Stoffe, die dadurch ausgezeichnet sind, daß sie in sehr geringen Mengen große Quantitäten der betreffenden Stoffe spalten konnten, Enzyme. Solche Stoffe sind von höchster chemischer Aktivität, spielen namentlich in der tierischen Verdauung eine große Rolle. Ein diastatisches, also stärkezerlegendes Enzym und ein Zucker invertierendes Enzym findet sich im Mundspeichel des Menschen, ein Eiweiß zerlegendes im Magensaft, das Pepsin, ein anderes von ähnlicher Natur im Sekret der Bauchspeicheldrüse, das Trypsin; sie alle dienen dem Zweck,

die komplizierten Moleküle der eingeführten Nahrungstoffe in einfachere Bestandteile zu zerlegen, sie damit resorptionsfähig zu machen.

Ein solches Enzym wurde bald auch als die Ursache der alkoholischen Gärung angenommen; freilich gelang es zunächst nicht, den naturwissenschaftlichen Beweis dafür zu erbringen. Der Vermutung Traubes schlossen sich eine große Reihe berühmter Chemiker und Physiologen, Männer wie Berthelot, Claude Bernard, Felix Soppa-Seiler, an, während die Botaniker sich dagegen auflehnten. Namentlich der Pflanzenphysiologe Nageli schloß aus seinen vergeblichen Bemühungen, ein Gärungsenzym aus der Hefe zu isolieren, daß ein solches überhaupt nicht existiere. Auch Pasteur beschäftigte sich mit der Auffindung eines solchen Enzyms, der sogen. Alkoholase, ohne zum Ziel zu kommen. Die Annahme eines Zuckervergärenden Enzyms in den Hefezellen lag also damals in der Luft; es fehlte nur noch ihre experimentelle Sicherung, man war noch nicht imstande gewesen, das Enzym aus den Zellenleibern zu isolieren. Die Versuche der folgenden Jahre gingen also darauf hinaus, die Hefezellen, deren Protoplasma von einem ziemlich festen Häutchen, der Zellmembran, umgeben ist, auf mechanische Weise zu zerreißern und dadurch die Inhaltsmassen der Hefe zu gewinnen. Im Jahre 1849 war es dem genialen Berliner Chemiker Emil Fischer gelungen, nach diesem Prinzip aus verschiedenen Hefegarten Enzyme zu gewinnen, die Maltase aus untergäriger Bierhefe und die Laktase aus anderen Hefegarten. Die Isolierung dieser Stoffe war aber erst gelungen, nachdem die Membranen der Zellen durch Verreiben mit Glaspulver zerstört waren und den Ausfluß der Leibsubstanz der Zellen nicht mehr hinderten. Sodann zeigte Fischer bei seinen be-

rühmten Arbeiten zur Zuckersynthese, daß auch die Enzyme sich den Zuckerkarten gegenüber verschieden verhalten, daß sie von dem chemisch gleich zusammengesetzten, aber optisch entgegengesetzten Zuckerarten nur die eine Form zu spalten vermögen, sich demnach in der Gärwirkung von den Hefezellen selbst nicht unterscheiden. Es kommt nach seiner Auffassung nur dann zu einer Wirkung, wenn zwischen der Zuckerart und dem wirksamen Enzym der Hefezelle eine ganz bestimmte Beziehung besteht. Zwischen den Enzymen und den durch sie umwandelbaren Substanzen muß eine Analogie der chemischen Konfiguration bestehen; Enzym- und Substanzmolekül müssen, wie Emil Fischer sich plastisch ausgedrückt hat, ineinander wie Schloß und Schlüssel passen. Er bewies jedenfalls, daß die von ihm isolierten Enzyme der Hefezellen, die Maltase und die Laktase, nach denselben Gesetzen die betreffenden Zuckerarten, den Malzzucker und den Milchsücker, spalten wie die Hefezellen selbst.

Auf diesem Wege gelangte nun auch Eduard Buchner zusammen mit seinem Bruder Hans Buchner zur Darstellung des die Gärung veranlassenden Enzyms, der Zymase, deren Vorhandensein schon lange vorher, wie wir, deren Vorhandensein wurde. Er zerrieb in ähnlicher Weise wie Emil Fischer die widerstandsfähige Wand der Zellen und vermochte dann in dem ausfließenden Saft das lange gesuchte Enzym nachzuweisen. Die erste Mitteilung darüber machte Buchner schon im Jahre 1897. Hören wir, was er selbst in seinem Werk „Die Zymasegärung“ über die Darstellung des Enzyms sagt: „Nicht man frische, aber trocken abgepreßte Hefe mit Quarzsand und Kieselgur und bearbeitet das staubtrockene Pulver kräftig in der Reibschale, so nimmt

reichen ist und erklärt daher, mit den bestehenden Gesetzesbestimmungen sei auszukommen. Sie beweist das auch gleich durch die Tat. Nach alledem, was im Ruhrgebiet in den letzten Tagen erlebt wurde, wird auch der blutdürstigste Schleifsteinpolitiker nicht mehr sagen wollen, daß noch Gesetzesverschärfungen notwendig seien. Immer deutlicher zeigt es sich, daß in den großen wirtschaftlichen Kämpfen die Staatsgewalt mit all ihren Machtmitteln hinter den Unternehmern steht und statt das gesetzliche Koalitionsrecht zu schützen, wie es ihre Pflicht wäre, dasselbe illusorisch macht. Die einzige Antwort, die der Arbeiter darauf geben kann, ist: Stärkung der Organisation und immer wieder Stärkung der Organisation, damit schließlich die Staatsgewalt in den Dienst des Allgemeinwohls gestellt werden kann.

Der Riesenkampf in England.

B. London, 14. März 1912.

Auf die gegenwärtigen Vorgänge in England sind die Augen der ganzen zivilisierten Welt gerichtet, und mit Recht, denn der Bergarbeiterstreik ist mehr als ein nationales Ereignis. Nicht allein, daß die Industrie der anderen Länder in Mitleidenschaft gezogen wird, seine Folgen werden auch auf die Kämpfe der organisierten Arbeiterschaft weit über Englands Grenzen hinaus wirken. Um so mehr, als schon heute gesagt werden darf, daß der Kampf mit einem Erfolg der Grubenarbeiter enden wird. Dieses schon wird für die internationale Arbeiterbewegung von hervorragender Bedeutung sein. Denn nicht allein die organisierten Arbeiter schauen mit Bewunderung auf den großen Kampf, sondern auch die nichtorganisierten sind aufmerksam geworden und wird ihnen wieder einmal vor Augen geführt, welchen gewaltigen Einfluß eine geschlossene, organisierte Arbeiterschaft nicht nur auf die Verhältnisse im eigenen Beruf, sondern auch auf das gesamte Staatswesen auszuüben vermag. Die Folge wird sein, daß sie wenigstens zum Teil erwachen und sich ihren Organisationen anschließen, um an der Seite ihrer Leidensgenossen für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken.

Der Kampf wird aber weitere Lehren zeitigen. Es ist bekannt, daß in der Organisation der britischen Bergarbeiter die verschiedensten Richtungen vertreten sind. Der strenge Katholik, der Protestant und der Freidenker, Arbeiter mit konservativen, liberalen und sozialdemokratischen Anschauungen, der Waliser, Schotte und Irlander, alle haben sich in einem Verband zusammengeschlossen, um mit Hilfe desselben ihre Lebenslage zu verbessern. Alle sind geschlossen zur Arbeitseinstellung geschritten, und während die einen sich die Zeit mit Fußballspielen vertreiben, oder zu Spaziergängen und zur Fortbildung ausnützen, sind andere damit beschäftigt, ihrem Alerus Kapellen zu bauen. Für den Ausgang des Kampfes ist die Ausnutzung der freien Zeit zunächst nebensächlich; die Hauptsache ist, daß alle die Gruben verlassen haben und den Grubenmagnaten die Arbeitskraft entziehen. Zwar haben in den letzten Tagen in einigen Bezirken Geistliche versucht, die katholischen Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, indem sie in den Versammlungen dafür eintraten und, um ihren Zweck zu erreichen, eine geheime Abstimung in Vorschlag brachten; doch ist ihr Vorhaben an dem einmütigen Widerstand der Arbeiterschaft gescheitert.

es bald (innerhalb zwei bis 3 Minuten) eine feuchte, teigige Beschaffenheit an; gleichzeitig geht die ursprünglich gelbweiße Farbe in einen tief graubraunen Farbenton über. Flüssigkeit ist aus dem Innern der Gesezellen herausgetreten. Man setzt die plastische Masse nun einem hohen Druck von 60 bis 90 Kilogramm auf 1 Kubikzentimeter aus. Dem Teige entquillt eine fast klare, gelbe bis braungelbe Flüssigkeit, welche mehr als die Hälfte des gesamten Inhalts der Gesezellen repräsentiert. Ausgerüstet mit einer großen Reibschale, einem wuchtigen Ristill und einer hydraulischen Presse, kann man innerhalb vier Stunden 5000 Kubikzentimeter Preßsaft gewinnen. Bei diesem mechanischen Verfahren ist in der kurzen Zeit eine chemische Aenderung des Zellinhaltes nicht zu befürchten.

Der Preßsaft besitzt nun tatsächlich die Eigenschaften, Kohlehydrate in Gärung zu versetzen. Beim Mischen mit einem Raumteile einer starken Zuckerröhrlösung beginnt schon nach etwa einer Viertelstunde regelmäßige Kohlenäureentwicklung in der klaren Flüssigkeit, die bei niedriger Temperatur wochenlang anhält. Neben Kohlendioxid entsteht Methylalkohol, und zwar beide Produkte in annähernd gleicher Menge, wie es auch für die Gärung durch lebende Gesezellen charakteristisch ist. Rohrzucker, Trauben-, Frucht- und Malzzucker können so in Gärung versetzt werden, nicht aber Milchsäure und Mannit, obwohl doch diese Substanzen, chemisch betrachtet, den ersteren recht nahe stehen. Bekanntlich ist auch die lebende untergärtige Gese nicht imstande, Milchsäure oder Mannit zu vergären. Wenn es noch des Beweises bedurft hätte, daß die Gärung des Preßsafts auf dieselbe Weise zustande kommt wie die der lebenden Zellen, so wird er dadurch erbracht.

Der Kohlenarbeiterstreik erbringt auf neue den Beweis, daß die ultramontanen und separatistischen Gewerkschaftsführer im Unrecht sind, wenn sie behaupten, für die christlichen Arbeiter und für die verschiedenen Nationalitäten müßten besondere Organisationen vorhanden sein. Im deutschen Ruhrgebiet wird im Gegenteil gegenwärtig der Beweis erbracht, daß es Arbeitererrat bedeutet, wenn die Zersplitterung der Arbeiterschaft nach den Wünschen dieser Führung vor sich geht. Dasselbe Bild, was die britische Bergarbeiterbewegung gegenwärtig zeigt, hätten auch die deutschen Bergarbeiter bieten können, wenn das unheilvolle Handwerk der christlichen Arbeiterzersplitterer ohne Folgen geblieben wäre. Das ist eine Lehre für die Arbeiterschaft im allgemeinen, die hoffentlich Beachtung findet.

Die anarcho-sozialistischen Elemente machen sich bei der Bewegung in England ebenfalls an einigen Stellen bemerkbar. In Flugblättern werden die Bergarbeiter zur Anschaffung von Revolvern und gegebenenfalls zum Schießen aufgefordert. Den Eisenbahnern wird angeraten, den Generalstreik zu proklamieren, wenn sie zum Transport von Truppen verwendet werden sollen. Mit ihren unreifen Ideen haben diese Leute jedoch bisher keinen Schaden anzurichten vermocht. Aufstürzungen sind überhaupt noch nicht vorgekommen, so daß die Militärmassen, welche an verschiedenen Plätzen in Bereitschaft gehalten werden, nicht in Aktion treten konnten, und die Arbeiterfeinde um die Hoffnung, den Streik mit Gewalt niederzuschlagen, kommen werden. Insbesondere die Lorypresse ist wütend darüber, aber sie kann weiter nichts melden, als die Miner — spielen.

Besonders fühlbar macht sich der Mangel einer täglich erscheinenden Arbeiterpresse. Wie glücklich sind unsere deutschen und österreichischen Genossen daran, indem sie jede Lüge der bürgerlichen Presse durch eigene Organe sofort richtigstellen können. Erst beim Fehlen täglich erscheinender eigener Organe kommt so recht zum Bewußtsein, welche gewaltige Macht die Arbeiterpresse auch bei den Gewerkschaftskämpfen bildet.

Erbost ist man darüber, daß die Organisation der Miner den Kampf auf der ganzen Linie so lange fortführen will, bis die Anerkennung der geforderten Mindestlöhne in allen Bezirken erfolgt ist. Zunächst wollten nur einige Arbeitgeber in Mittelengland einen solchen anerkennen. Nachdem das staatliche Einigungsamt vergeblich versucht hatte, die Parteien einander näher zu bringen, und verschiedene Interpellationen im Parlament vor sich gegangen waren, sah sich die Regierung gezwungen, einzugreifen. So sogar der Premierminister — die Hauptperson der englischen Regierung — nahm das Vermittlungswort in die Hand. Nach berühmten Mustern versuchte er es zunächst mit Drohungen, die Arbeiterführer lachten ihn aus, und da konnte er bitten, schön bitten, doch wurde ihm erklärt, daß er auch hiermit nichts erreichen würde, denn die Arbeiter verlangen, daß ihnen ein Lohn garantiert wird, bei welchem sie in der Lage sind, ihre Familien anständig ernähren zu können. Die Regierung mußte sich dann wohl oder übel dazu bequemen, die Beschwerden der Arbeiter zu untersuchen, und war gezwungen, im Parlament zuzugeben, „daß in manchen Fällen Arbeiter ohne ihr Verschulden nicht in der Lage seien, einen angemessenen Lohn zu verdienen“. Nach längeren Verhandlungen mit den Arbeitgeberern erklärten sich dann 60 Proz. derselben be-

reit, unter bestimmten Bedingungen einen Mindestlohn anzuerkennen, während diejenigen von Südwales und Schottland auch heute noch von einem solchen nichts wissen wollen. Die Verhandlungen scheiterten darum wiederholt und alles war ratlos, wie das „nationale Unglück“, wie der Premierminister den Kohlenstreik bezeichnete, beseitigt werden könne. Hunderte von Studenten und Tausende von „Bürger“ boten sich an, in die Gruben zu fahren, um so den Streik zu Ende zu bringen; die Miner lachten und „spielten“ weiter. Schließlich mußten auch die Regierungsblätter eingestehen, daß nichts anderes übrig bleiben würde, als sich mit den Arbeitern zu einigen, und nun tauchte der Vorschlag auf, die widerspenstigen Grubenbesitzer durch Gesetz zur Anerkennung des Mindestlohnes zu zwingen. Das hat der Premierminister dann den Arbeitervertretern auch mitgeteilt und durchblicken lassen, daß, wenn die Mindestlohnfrage für die Miner erst gesetzlich geregelt sei, eine solche Regelung auch für die übrigen Arbeiterkategorien nur noch eine Frage der Zeit sei.

Wegen dieser Neuerungen wurden die bürgerlichen Parteien des Unterhauses ganz wild, und der Premierminister sah sich gezwungen, dieselben in Abrede zu stellen. Nichtsdestoweniger hat er sich in dem Sinne ausgesprochen und liegt in dieser Richtung die bedeutendste Errungenschaft des Kampfes, und zwar nicht allein für die britischen Arbeiter. Gegenwärtig finden wieder Verhandlungen statt, doch wenn die Miner auf ihrem Standpunkt beharren, dann muß die Regierung schon in den nächsten Tagen mit ihrer Gesetzesvorlage herausrücken, denn die gesamte Industrie des Landes leidet furchtbar. Aber auch, wenn es jetzt nicht dazu kommt, ist, wenn weitere schwere Kämpfe vermieden werden sollen, die gesetzliche Regelung des Mindestlohnes für die Bergarbeiter nur eine Frage der Zeit, und dann wird man auch für die übrigen Arbeiter bald einen solchen schaffen müssen. Für die Arbeitsverhältnisse auf dem Kontinent würde dieses nicht ohne Folgen bleiben, wenn die Organisationen stark genug sind, nachzuhelfen.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter in seinen Ursachen und Wirkungen mahnt aus allen diesen Gründen die Arbeiterschaft aller Länder daran, im Ausbau der Organisation, in der Stärkung der Massen und der Aufklärung unablässig tätig zu sein.

Wirtschaftliche Rundschau.

Englands Anteil an der internationalen Kohlenproduktion. — Ausfuhr und inländischer Verbrauch. — Wirkungen auf Industrie und Transport.

Angeichts des großen englischen Bergarbeiterkampfes dürfte eine Uebersicht über den Stand der englischen und der internationalen Kohlenproduktion, ferner über die Konkurrenzverhältnisse auf den verschiedenen Absatzmärkten der Einzelländer am Platze sein.

Im Dezember veröffentlichte das englische Handelsamt als Parlamentsdrucksache seine bekannte periodische Statistik, die für das Jahr 1910 für die fünf hervorragendsten Kohlenproduktionsstaaten die folgende Ausbeute (in englischen Tonnen) ergab:

Bereinigtes Königreich*)	264 433 000	Tonnen
Deutschland	150 372 000	"
Frankreich	37 254 000	"
Belgien	23 532 000	"
Bereinigte Staaten	447 887 000	"

Nur Amerika ist also bisher über das berühmteste und älteste Kohlenland hinausgewachsen, allerdings heute schon bis zu einem Uebergewicht von fast 70 Proz. Dafür folgt selbst das rasch aufstrebende Deutschland noch immer im weitem Abstand, es begnügt sich, bei einer wesentlich größeren Bevölkerungszahl (Deutschland 1910: 64,9 Millionen, England 1909: 45 Millionen Einwohner) mit etwa 1/7 der englischen Produktion, während Frankreich und Belgien zusammen es noch nicht einmal auf ein Viertel bringen. In der Produktion pro Kopf der Bevölkerung ist England sogar den Vereinigten Staaten noch immer überlegen, denn diese Vergleichsziffer stellt sich für England auf fast 6 Tonnen, für die Vereinigten Staaten auf noch nicht 5 Tonnen, für Belgien auf 3 1/2 Tonnen, für Deutschland auf 2 1/2 Tonnen, für Frankreich sogar auf unter 1 Tonne.

Schon hieraus läßt sich erkennen, welche enorme Bedeutung neben dem heimischen Verbrauch gerade in England der Ausfuhr zukommen muß. Der Ausfuhrüberschuß (das Mehr der Ausfuhr gegenüber der etwaigen gleichzeitigen Einfuhr) betrug 1910:

im Vereinigten Königreich	84 434 000	Tonnen
in Deutschland	20 146 000	"
in den Vereinigten Staaten	13 022 000	"

Aber auch der inländische Verbrauch ist bei der hohen Industrie- und Transportentwicklung in England ein ganz außerordentlicher, so daß Deutschland trotz seiner um über ein Drittel größeren Bevölkerung anscheinlich hinter England zurückbleibt (Selbstverbrauch in England 1910: 179 939 000 Tonnen, in Deutschland 130 226 000 Tonnen). Vor dem Verbrauch Englands rechnet unsere Denkschrift: 12 472 479 Tonnen auf den Heizbedarf der Eisenbahnlokomotiven, 20 Millionen Tonnen auf die Hoheisenerzeugung, mehr als 15 Millionen Tonnen auf die Gasgewinnung.

Auch Deutschland ist bekanntlich an dem Bezug englischer Kohlen stark beteiligt. Nach der deutschen Einfuhrstatistik, die erklärlicherweise mit den englischen Ausfuhr-

*) Vereinigtes Königreich ist Großbritannien (England, Wales und Schottland) und Irland. Oben ist immer kurzweg des Ausdruck England für das ganze Vereinigte Königreich gebraucht.

Danach war einwandfrei festgestellt, daß die lebenden Gesezellen zur Erzeugung der Gärung nicht notwendig sind, sondern nur ein von ihnen erzeugter Stoff. Um auch die letzten Bedenken zu zerstreuen, es könnten im Saft zurückgebliebene vereinzelt Zellen die Gärung verursachen, setzte Buchner dem Preßsaft starke antiseptische (keimtötende) Mittel, wie Chloroform, Toluol usw. zu, filtrierte ihn hinterher durch Porzellanfilter, ohne dadurch die Gärtwirkung aufzuhalten. Es muß also durch eine im Saft gelegene Substanz die Gärung bewirkt sein. Der Entdecker der Zymase machte noch zahlreiche andere Experimente zur Sicherung seiner Feststellung; denn es lag nahe genug, daß sich ein jahrhundertelanger Streit nicht mit einem Schläge würde beilegen lassen. Durch Fällungsmittel, wie Alkohol, Aceton fällte er aus dem Preßsaft die wirksame Substanz aus, ließ die Fällung, die natürlich auch noch andere Stoffe des Preßsaftes enthielt, trocknen und löste das so erhaltene Pulver später wieder in Wasser auf. Auch diese Lösung besitzt dieselbe Gärtkraft wie der ursprüngliche Saft. Auch der im Vakuum (luftleeren Raum) eingetrocknete und hernach wieder zur Lösung gebrachte Preßsaft verliert nicht an Gärtkraft, selbst wenn er in getrocknetem Zustande monatelang aufbewahrt war. Alles organische Leben hätte diese eingreifenden Prozeduren nicht ausgehalten. Weder die unversehrten Gesezellen noch etwaige Protoplasmatrümmer könnten bei den genannten Prozeduren ihre Integrität bewahrt haben. Es konnte vielmehr nur eine chemische Substanz von bestimmter Molekularzusammensetzung, eine Substanz, die aller Merkmale belebter Organismen entbehrt, das wirksame Prinzip des Gesepreßsaftes und damit auch der Gesezellen sein. G. W.

ziffern nicht ganz übereinstimmt, bezogen wir vom Ausland Steinkohlen:

	überhaupt Tonnen	davon a. England Tonnen
im Jahre 1910	11 195 593	9 653 115
" " 1911	10 918 948	9 422 695

Diese englische Zufuhr konzentriert sich naturgemäß vor allem an unseren Küsten und den großen, von der See landeinwärts führenden Wasserwegen; bei günstiger Fluss- und Kanalverbindung hat sie selbst in ziemlich weit nach dem Innern hin gelegenen Konsumzentren einen überraschend großen Umfang, falls diese Zentren aus den rivalisierenden deutschen Produktionsgebieten nur unter Aufwand hoher Transportkosten zu erreichen sind. So stellte sich für Steinkohlen, Koks und Kritis das Anteilverhältnis der verschiedenen Produktionsgebiete an der Versorgung Groß-Berlins nach den Handelskammerberichten in den letzten Jahren folgendermaßen:

	Gesamteinfuhr nach Groß-Berlin Tonnen	Davon lieferten Prozent		
		Dber- schleifen	Wesfalen	England
1903	2 814 000	60,9	10,2	15,4
1904	2 785 000	52,1	9,0	21,7
1905	3 214 000	55,0	9,2	22,7
1906	3 344 000	58,6	11,9	19,7
1907	3 872 000	51,3	12,4	28,2
1908	3 876 000	49,4	10,3	33,4
1909	4 174 000	46,0	12,3	35,7
1910	3 989 000	46,2	11,7	35,3

In dererlei mag es richtig sein, daß gerade diese inner-deutschen Konsumplätze die Wirkung des englischen Streiks erst ziemlich spät verspüren würden. Weil der Wassertransport im Winter stockt und auch die Wiedereröffnung im Frühjahr sich oft wider Erwarten lange hinauszieht, sind sie gewöhnt, größere Vorräte aufzusammeln. So erklären die Berliner und Charlottenburger Gasanstalten, die Berliner Elektrizitätswerke und ähnliche Unternehmungen, bis zum April mit englischer Kohle genügend versehen zu sein. Um so geringer scheinen jedoch die Vorräte der industriellen Verbraucher in England selber zu sein, am geringstengerade bei den Eisenhütten und den weiterverarbeitenden Eisenwerken sowie bei einem großen Teil der Baumwollindustrie, der es an jeder Vorrichtung für Unterbringung größerer Vorräte mangelt. Die meisten englischen Eisenbahnen mußten gleich von Anfang an zu einer Einschränkung ihres Betriebes greifen. Für Dunterskohlen wurden sofort wahre Phantasiereise gezahlt, nur um die Abfahrt der Frachtdampfer zu ermöglichen. Aus einer ganzen Reihe von Industrien mehrten sich die Mitteilungen über Brennstoffmangel, teilweise und gänzliche Stillsetzung von Tag zu Tag. Dagegen scheinen die Gruben von Konventionalkrafen für Unterlassung von vereinbarten Lieferungen nichts zu fürchten haben; in ihren Verträgen findet sich wohl ausnahmslos die Streikklausel, die sie vom ersten Tage des Streiks ab von ihren sonst geltenden Lieferverpflichtungen befreit. An einen Ertrag der heimischen durch ausländische Kohle können die englischen Transport- und Industrieunternehmer kaum denken, weil sie mit dem entschlossensten Widerstand der Transportarbeiter rechnen müssen. Nach der Statistik des Jahres 1910 würde jeder Tag des allgemeinen englischen Grubenstreiks eine tägliche Winderzufuhr von 844 834 Tonnen im Werte von etwa 7 Millionen Mark (346 256 Pfund Sterling) zum englischen und internationalen Markt bedeuten.

Zum Schluß seien noch folgende Zahlen über die Bedeutung der einzelnen Grubenbezirke angeführt:

	Zahl der Gruben- arbeiter	Arbeiter über Tag	Zahl der Gruben	Ausbeute an Kohlen in Tonnen
Schottland	112,206	25,667	509	41,335,132
Wales-District	96,143	23,069	240	28,635,362
Durham-District	88,827	24,054	252	26,094,887
Yorkshire und North- Wales	190,206	47,658	520	65,781,131
North- und East-Lancashire	39,246	10,880	207	10,999,694
Yorkshire	568	167	17	79,502
Sunderland u. North-Wales	55,883	13,829	216	16,175,294
East-Wales	181,261	31,991	689	48,699,982
Yorkshire und District	84,041	23,701	553	26,616,294
Summa	848,881	201,026	3,253	264,417,588

1,049,407

Berlin, 4. März 1912.

Max Schippel.

Zum Verbandstag.

Bezugnehmend auf die Ausführungen des Kollegen Schülein-Sonneberg möchte auch ich betonen, daß an dem finanziellen Teile unseres Verbandes nicht gerüttelt werden darf, und man kann in dieser Beziehung nur Wort für Wort unterschreiben. Ebenfalls bin ich der Ansicht, daß der § 4 Abs. 1 eines Zusatzes bedarf, aber nicht im Sinne des Kollegen Schülein. Ausgehend von dem Sprichwort: „Allzu scharf macht schartig“, bin ich der Meinung, daß man hier den sogenannten „goldenen Mittelweg“ einschlagen soll. Deshalb möchte ich dem Verbandstag empfehlen, dem § 4 Abs. 1 folgenden Zusatz zu geben: „Bei einmaliger Wiederaufnahme ist der fünffache und bei jeder weiteren Aufnahme ein und desselben Mitgliedes ist der zehnfache Betrag des Eintrittsgeldes zu entrichten.“ Der Verbandstag würde sich durchaus nichts vergeben, wenn er diesen Zusatzantrag annähme.

Dann meint Kollege Schülein, der § 8 Abs. 3, welcher lautet: „Während der Dauer einer militärischen Wehrung können die Beiträge erlassen werden und sind dann für diese Zeit Erwerbslosen machen zu lassen“, müsse einer Änderung unterzogen werden. Ich bin der Ansicht, daß dieses durchaus nicht nötig ist, denn wenn in dem fraglichen Kasus steht: „können erlassen werden“, so ist durchaus nicht gesagt, daß nun die Beiträge erlassen werden müssen. Daher bin ich der Ansicht, daß hier der Verbandstag keine Änderung vorzunehmen braucht. Ebenfalls möchte ich im Sinne des oben Gesagten ausführen, daß man die

Wartezeit der wegen rückständiger Beiträge gestrichenen Mitglieder nicht sofort von 13 auf 26 Wochen erhöhen soll, sondern bei erstmaliger Streichung die Wartezeit von 13 Wochen bestehen lassen und bei mehrmaliger Streichung die Wartezeit von 13 auf 26 Wochen erhöhen soll. Auch ist in bezug auf die Sanktionen jedes Wort zu unterstreichen, weil diese nur segensreich für die gedeihliche Weiterentwicklung des Verbandes sein können.

Nun noch einige Worte zu den Ausführungen des Kollegen W. Stiechler-Miel. Gewiß hat der Kollege Stiechler recht, wenn er schreibt, wir müßten dem Sprichwort Rechnung tragen: „Wissen ist Macht“. Aber hierzu eine eigene fachtechnische Beilage zu schaffen, halte ich für überflüssig, einmal, weil uns eine derartige Beilage riesig teuer zu stehen käme, und ob sie ihren Zweck erfüllt, glaube ich bezweifeln zu müssen. Andernfalls könnten in der „Verbandszeitung“ schon jetzt mehr wie bisher derartige fachtechnische Artikel gebracht werden, wie das bisher der Fall gewesen ist. Auf diese Weise, glaube ich, würde unsere Zeitung auch fachtechnisch genügend ausgefüllt werden, und wir hätten auf diese Weise ein schönes Stück Geld gespart.

Gustav Binte, Celle.

Im Juni werden die Delegierten unseres Verbandes wiederum zusammentreten, um über das weitere Wohl unseres Verbandes zu beraten. Ich bin schon jetzt der Überzeugung, daß wieder ein großer Schritt vorwärts gemacht wird. Ich wende mich nun einigen Ausführungen in Nr. 10 unseres Organes vom Kollegen Schülein zu, welcher der Ansicht ist, daß ein Weg gefunden werden muß, um denjenigen Kollegen, die schon ein- oder mehrmals im Verbandsrat waren, aber ausgetreten sind, die Wiedererfassungsgebühr bedeutend zu erhöhen. Ich halte diesen Vorschlag für verfehlt. Angenommen, ein Kollege tritt wegen irgendeiner Verärgerung aus, ein anderer übernimmt es, er kommt in eine Gegend, wo er nicht gleich an seine Pflicht erinnert wird — dies alles soll nicht vorkommen, es kommt aber doch vor —, die Kollegen werden wieder bearbeitet, es wird ihnen klargemacht, daß sie auf falscher Fährte sind, endlich hat man Erfolg und kommt zur Aufnahme; da heißt es nach Ansicht des Kollegen Schülein: „Du warst schon so und soviel mal im Verband, die Aufnahme kostet deshalb dementsprechend mehr.“ Der Kollege wird in den meisten Fällen sagen: das mache ich nicht mit. Ist es nun statutarisch festgelegt, so muß auch demgemäß gehandelt werden, und so würde ja diesen jahrelangen Sängern ein Recht eingeräumt. Sie brauchen bloß die höhere Aufnahmegebühr zu zahlen und sie sind wieder Mitglied. Das beste ist, man überläßt es den Zahlstellen, die werden schon am besten wissen, wie sie sich solchen Ein- und Austritern gegenüber zu verhalten haben.

Hinter die Ausführungen des Kollegen Stiechler möchte ich ein großes Fragezeichen machen. Die Errichtung von Ferienheimen ist für die Arbeiter weit wichtiger als eine fachtechnische Zeitungsbeilage.

Ich möchte nun für § 8 Abs. 1 eine andere Fassung in den Worten: „Diese Bestimmung findet auch bei Maßregelungen, Streiks und Aussperrungen Anwendung.“ Wenn man die teuren Lebensmittel beachtet, so wird man finden, daß es verschiedenen Kollegen schwer fällt, auch noch von der Unterstützung Beiträge zu zahlen. Es würde dieses nicht so sehr mit finanziellen Ausgaben verbunden sein, weil eine ganze Anzahl Kollegen so opferfreudig ist, daß sie gar keinen Anspruch darauf machen; bloß die wirklich Bedürftigen werden Anspruch darauf erheben, und diesen steht es auch zu. Wer es schon mitgemacht hat, wird es am besten wissen.

Carl Me, Gagen i. W.

Ich komme zurück auf die Ausführungen des Kollegen Georg Schülein, Sonneberg. Ich bin mit seiner Ansicht, das heißt bis auf den Antrag zu § 4 unseres Statuts, einverstanden. Dieser Antrag geht zu weit. Kollege Schülein mag ja recht haben mit seinem Antrag, der da lautet: soll ein Mitglied zum zweiten- oder drittmal in unsere Organisation aufgenommen werden, so soll die Aufnahmegebühr verzehnfacht werden; das wäre also bei wiederholter Aufnahme anstatt 50 Pf. 5 Mk. Ich habe große Bedenken gegen diesen Punkt. Kollegen, wie oft kommt es vor, daß der eine oder der andere gezwungen wird, eine andere Arbeit zu suchen; er muß von der betreffenden Zahlstelle weiter fort und kann nicht gleich wieder bei der nächsten Versammlung da sein, und die Zeit verläuft, die 10 Wochen sind vorüber, der betreffende Kollege wäre auf diesen Antrag des Kollegen Schülein aus unserer Organisation ausgeschlossen.

Das ist nach meiner Ansicht falsch. Ich sage mir, sollte das betreffende Mitglied für unsere Sache kein Interesse haben und läßt es so weit kommen, daß ein Ausschlussantrag für ihn kommt, dann glaube ich ganz sicher, daß er zum zweitenmal um 5 Mk. nicht mehr zu haben ist. Finanziell hat unsere Organisation keinen Nutzen. Angenommen, ein Mitglied ist länger als 10 Wochen mit seinen Beiträgen rückständig, es müßte dann auf diesen Fall gestrichen werden. Jetzt wird es zum zweitenmal aufgenommen, dann soll es als Strafe 5 Mk. für seine Wiederaufnahme zahlen. Ich bin der Meinung, wenn das Mitglied seine Beiträge nachbezahlt, dann hat unsere Verbandskasse mehr Nutzen, als wenn wir ein solch hohes und zugleich bedenkliches Strafsystem einführen wollen.

Betreffs der Sanktionen teile ich die Meinung des Kollegen Schülein: es soll alle 2 Jahre eine Sanktion abgehalten werden, damit auch die kleinen Zahlstellen zu ihrem Recht kommen, und der Verbandstag läßt sich wahrscheinlich auf 3 Jahre hinauszuschieben. Dann kann man sagen, daß die Überlastung der Verbandskasse nicht zu hoch wird, das heißt, wenn die betreffenden Zahlstellen die Unkosten der Sanktion ausbringen.

Josef Gadersbed, Bad Aibling.

Auf zwei Jahre fleißiger und erfolgreicher Arbeit können wir zurückblicken. Wir können aber auch einen Blick in die Zukunft werfen, welcher uns erkennen läßt, daß noch viel Arbeit vorhanden ist. Den Indifferenten

und sonstigen Ubergläubigen unserer guten Sache gegenüber muß die Überzeugung beigebracht werden, daß nur der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband voll und ganz die Garantie gibt, die Interessen dieser Arbeiter wirkungsvoll und richtig zu vertreten. Der Verbandstag wird sich deshalb mit der Frage beschäftigen müssen: Wie betreiben wir eine gute, für uns nutzbringende Agitation?

Werfen wir nun einen Blick auf das große und weite Arbeitsfeld, so können wir feststellen, daß in dem Bereiche der kleineren Zahlstellen die meiste Arbeit vorhanden sein dürfte. Leider fehlen aber gerade in den kleinen Orten immer die befähigten Leute, um eine gute Agitation zu betreiben. Der Stab des Ganzen befindet sich immer in den großen Städten, z. B. der Hauptvorstand in Berlin, was ja an und für sich ganz richtig sein mag. Die Bezirksleiter finden wir wiederum mit dem Stabe in großen Städten und meistens da, wo schon ein Geschäftsführer angeheftet ist. Wenn nun auch der Geschäftsführer nicht die Arbeit des Bezirksleiters zu machen hat, so ist er aber doch kompetent für die Verwaltung der großen Zahlstellen. Also müssen die Stabe der Bezirksleiter mehr nach den kleineren Provinzstädten befestigt werden.

Ferner möchte sich der Verbandstag mit der Frage beschäftigen, ob es im Interesse einer guten Agitation nicht besser ist, die Sautage wieder einzuführen. Die Sautage haben sich doch in der Hauptsache mit dem Punkte Agitation zu beschäftigen. So kann dann den Führern der kleinen Zahlstellen Gelegenheit gegeben werden, sich etwas Ausbildung anzueignen, wie eine gute Agitation betrieben wird. Die Wahlkreiseinteilung kann noch so gut gemacht werden, so werden doch die kleineren Zahlstellen auf dem Verbandstage nicht vertreten sein. Das Argument, daß die Unkosten der Sautage den Nutzen übersteigen, kann wohl nicht so ohne weiteres aufrecht erhalten werden. Auch hier kann leicht eine Lösung gefunden werden, und zwar folgender Art:

1. Die Kosten des Fahrgeldes der Delegierten trägt die Hauptkasse und die Diäten werden von der Lokalkasse der Zahlstelle des betreffenden Delegierten getragen.

2. Der Verbandstag braucht dann nur alle drei Jahre zu tagen. Mit hin würden die Unkosten nicht zu groß werden. Auf diese Art kann dann die Agitation in günstige Wege geleitet, und das Ziel, welches wir uns in Nr. 10 der Verbandszeitung setzen, um so leichter erreicht werden.

Mit Freuden konnte man begrüßen, daß sich der Verbandsvorstand einmal persönlich die Lage der Kollegen im äußersten Osten angesehen hat. Wenn ich nun nicht verlange, daß sich der Vorstand als Reisekontak ausbilden soll, so wäre es doch kein Fehler, wenn er auch einmal eine Tournee nach Mitteldeutschland und Thüringen unternehmen würde.

Der Verbandstag wird sich gegebenenfalls auch mit der Erhöhung der Beiträge befassen. Hier stehe ich auf dem Standpunkt, eine dritte Staffel einzuführen. Alle Mitglieder, welche wöchentlich 30 Mk. und mehr verdienen, zahlen einen Beitrag von 65 Pf., und wäre die Unterstützung dementsprechend auszubauen.

§ 23 Abs. 5 könnte eine Änderung insofern erfahren, daß es lautet: allen verheirateten Mitgliedern, welche nachweisen können, daß sie bei Arbeitslosigkeit gezwungen sind, nach einem anderen Orte zu verziehen, kann eine Beihilfe zu den Umzugskosten bis zu 40 Mk. gewährt werden. Zu übrigen wie es schon lautet.

Alle diese Anträge werden genügende Gründe in sich bergen, die eine Beratung auf dem Verbandstage notwendig machen. Also hoffen wir, daß sich der Verbandstag mit ihnen beschäftigt.

Max O. Hand, Cöthen.

Bewegung im Berufe.

Zuzug ist fernzuhalten nach folgenden

Brauereien:

- Balingen, Adlerbrauerei.
- Settlingen (Schwaben), Schloßbrauerei.
- Landstuhl, Union-Brauerei.
- Ramslau, Brauerei Hagelbach.
- Pfeffenhausen (N.-B.), Pollingerbräu, Brauerei Weingierl.
- Wallerdborf (N.-B.), Brauerei Meindl.
- Weihenstephan b. Landshut, Brauerei Emmlander.

Malzfabriken:

- Ludwigshafen, Malzfabrik Schoeffler u. Co.
- Wunzstadt, Malzfabrik Hildebrand.

Mühlen:

- Wiesbaden, Steinmühle.

Anderer Betriebe:

- Berlin-Lichtenberg, Mühlenwerke Goldammer.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Brauereien.

† Braunschweig, Tarifvertrag. Der vor 2 Jahren mit der Löwenbrauerei vereinbarte Tarifvertrag hatte mit dem 10. März dieses Jahres sein Ende erreicht und wurde mit ganz annehmbaren Zugeständnissen für die dort beschäftigten Arbeitnehmer neu vereinbart. Die Arbeitszeit, welche jetzt 9 und 9½ Stunden beträgt, wird vom 1. Oktober an für das ganze Jahr 9 Stunden betragen. Auch die Arbeitszeit der Vierjähriger ist begrenzt und darf außerhalb der festen Touren die der inneren Betriebsarbeiter nicht überschreiten. Die sofortige Lohnerhöhung für alle dort beschäftigten Personen beträgt pro Woche 2 Mk. Das Biergeld wurde für Hilfsarbeiter auf 4,50 Mk., für Bierfahrer und Stalleute auf 4,00 Mk. erhöht. Die Arbeiterinnen erhalten pro Woche 17 Mk. Die Jugendlichen außerdem 2,50 Mk. Biergeld. Die Landbierfahrer erhalten bei Eintagestouren 2, bei Zweitagestouren 6 Mk. als Spejen. Die Stadtbierfahrer neben ihrem bisherigen Fahr- und Flaschengeldern pro Woche 3 Mk. als Spejen. Die Nebenstunden sind möglichst zu vermeiden und werden im Bedarfsfalle für Brauer, Böttcher, Maschinenisten, Handwerker und Geiger mit 70 Pf., für Bierfahrer und Hilfsarbeiter mit 60 Pf. bezahlt. Ebenso wird die Sonntags-

arbeit als Ueberstunden bezahlt. Das Bierfahren wird im Winterhalbjahr ganz eingestellt und die Regelung des Sommerbierfahrens wird mit den übrigen Brauereien, bei Ablauf ihres Vertrages gemeinschaftlich geregelt. Bei etwas gutem Willen der Wirte in Stadt und Land läßt sich auch das Sommerbierfahren ganz gut abschaffen. Urlaub erhalten sämtliche Arbeitnehmer nach einjähriger Tätigkeit 3, nach zweijähriger Tätigkeit 5 und nach dreijähriger Tätigkeit 6 Arbeitstage ohne Lohnkürzung.

In Krankheitsfällen wird für die ersten 14 Tage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld bezahlt. Außerdem wird bei familiären Vorkommnissen und bei behördlichen und polizeilichen Terminen bis zu einem Tage kein Lohnabzug gemacht.

Alles in allem bringt der Abschluß ein gut Stück vorwärts und einen Ausgleich dessen, was man den Arbeitern in den letzten Jahren an indirekten Steuern und Zöllen auferlegt hat. Es ist deshalb zu hoffen, daß auch die übrigen Brauereien bei Ablauf des Vertrages das gleiche tun und einen übersichtlichen und dem Zeitverhältnissen entsprechenden Vertrag mit uns abschließen werden.

† **Balingen.** Am 10. März besaßte sich eine öffentliche Protestversammlung mit dem Gewaltstreik des Brauereibesetzers Jetter, „zum Adler“. Bezirksleiter Holzfurter hielt das einleitende Referat und hob hervor, daß der weitaus größte Teil der Unternehmer in der Brauindustrie Tarifverträge zugänglich sei, auch in Balingen wurde vor fünf Vierteljahre mit zwei Brauereien ein solcher Vertrag abgeschlossen, welcher sich nachweislich auch im eigenen Interesse der fraglichen Unternehmer bewährt. Nachdem speziell in der Adlerbrauerei die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehr viel zu wünschen übrig ließen, beauftragte die Kollegen den Bezirksleiter, ihrem Unternehmer ebenfalls einen Tarifvertrag zu unterbreiten. Herr Jetter lehnte in einer hochfahrenden Zuschrift nicht nur jedes Zugeständnis ab, sondern stellte an seine Arbeiter das Anfinnen, einem Revers zu unterzeichnen, daß sie von ihrem Vorhaben Abstand nehmen und mit den bestehenden Verhältnissen zufrieden sind. Der Herr versuchte damit die mittelalterlichen Zustände in seinem Betriebe zu verewigen. Die Arbeiter lehnten dieses Anfinnen ab und wurden gemäßigter. Ein älterer Kollege, welcher sich terrorisieren ließ und dieses Schriftstück unterzeichnete, hat seinen Irrtum sehr bald eingesehen und sagte diesem Elborado freiwillig Ja. Auch der Versuch des Bezirksleiters und Kartellvorsitzenden, eine Verhandlung anzubahnen, wurde schroff abgelehnt. Gegen unsere Organisation wird ein wahres Kesseltreiben inszeniert; alle Kollegen, welche im Verdacht standen, dem Verbandsangehörigen, erhielten den sofortigen Laufpaß. Die Arbeiter, welche gegenwärtig beschäftigt sind und unter allen möglichen Versprechungen gekapert wurden, mußten ebenfalls unterschreiben, daß sie keiner Organisation angehören. Angehörige solcher Vorkommnisse hat dieser Unternehmer noch den Mut, die breite Öffentlichkeit in Zeitungen durch Erklärungen zu täuschen und Maßregelungen in Abrede zu stellen. In seinen weiteren Ausführungen besaßte sich Redner eingehend mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Die Arbeitszeit ist täglich 11 Stunden und darüber, neben einer mangelhaften Kost, von Sattessen keine Spur. Die Löhne sind wöchentlich 12 bis 13 Mk. und werden dem Arbeiter nicht wöchentlich, sondern nur in Abschlagszahlungen gewährt. Auch die Behandlung läßt sehr zu wünschen übrig. Redner richtete an die Anwesenden einen eindringlichen Appell, die Brauereiarbeiter in ihrem Kampf um Menschenrechte tatkräftig zu unterstützen. Herrn Jetter muß es beigebracht werden, daß die Arbeiter ein Recht haben, sich zu organisieren und beim Festhalten der Löhne und Arbeitsverhältnisse mitzusprechen. Dem Konjunktur in Balingen ist die beste Gelegenheit geboten, ihrem Bedarf an Bier von solchen Brauereien zu decken, von denen das gesetzliche Koalitionsrecht respektiert wird und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind. Jeder ehrlich Denkende sollte dieserhalb auf das Produkt der Adlerbrauerei Verzicht leisten. Das Referat wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion wurden die Zustände in dieser Brauerei und das Gebaren dieses Brauereibesetzers einer heftigen Kritik unterzogen und die Ausführungen des Referenten noch wesentlich ergänzt. Ein Redner besaßte sich auch eingehend mit den Praktiken des Braumeisters Enjener. Dieser Herr wird auch in Balingen das gesteckte Ziel kaum erreichen. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heute am 10. März tagende Protestversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollkommen einverstanden. Die Versammlung erkennt den Tarifvertrag der Brauereiarbeiter als sehr berechtigt und maßvoll an. Die Versammlung protestiert gegen die ablehnende Haltung des Brauereibesetzers Jetter und verurteilt aufs schärfste die Maßregelung der organisierten Arbeiter und die Mißachtung des gesetzlichen Koalitionsrechtes. Die Versammlung sprechen den Brauereiarbeitern die vollste Sympathie aus und verpflichten sich, diese in ihren Bestrebungen um menschenwürdige Löhne und Arbeitsverhältnisse auf das tatkräftigste zu unterstützen und auf das Bier der Adlerbrauerei so lange zu verzichten, bis sich Brauereibesitzer Jetter bereit erklärt, den Tarifvertrag anzuerkennen und die gesetzliche Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu respektieren.

In seinem Schlusswort ersuchte der Referent im Sinne der Resolution zu handeln, dann wird sich Herr Jetter mit seinen Ratgebern baldigst eines Besseren belehren lassen.

† **Dortmund. Tarifvertrag.** Mit der National-Brauerei wurde, nachdem sich die Kollegen unserer Organisation angeschlossen hatten, ein Tarifvertrag auf zwei Jahre abgeschlossen, der den Kollegen wesentliche Vorteile bringt.

Die Arbeitszeit beträgt für alle Arbeiter 9½ Stunden. Sonntagsarbeit, die früher im Wochenlohn miteinbegriffen war, wird mit 70 Pf. pro Stunde bezahlt. Der Wochenlohn betrug bisher bei der Einstellung 25 Mk. Die Steigerung richtete sich nach dem Ermessen der Betriebsleitung. Nach den nummehr erfolgten Vereinbarungen beträgt der Lohn für Brauer, Handwerker, Maschinenisten und Geiger 29 bis 33 Mk. Für Bierfahrer und Hilfsarbeiter 27 bis 31 Mk. pro Woche. Weiter wurde erreicht, daß sämtlichen Arbeitern ein jährlicher Erholungsurlaub bis zu einer Woche unter

Vorbezahlung des Lohnes gewährt wird. Bei familiären Vorkommnissen findet bis zu einem Tage ein Lohnabzug nicht statt. In Krankheitsfällen wird bis zu 14 Tagen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld vergütet und bei militärischen Uebungen bis zu 14 Tagen der volle Lohn bezahlt.

Mit den Erfolgen können die Kollegen zufrieden sein. Zu wünschen wäre nur, daß sich auch die Kollegen der übrigen Kleinbetriebe der Organisation anschließen würden, damit auch für sie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen werden könnten.

† **Namslau. Aussperrung.** Die Brauerei Gafelbach hat 42 Kollegen wegen Zugehörigkeit zu dem Verbandsverbande gemäßigert, eine Verhandlung lehnen die Herren ab. Zugang ist fernzuhalten!

† **Weihenstephan, Pfaffenhausen.** Die Herren Emslander in Weihenstephan, Weinzierl und Böllinger in Pfaffenhausen haben keine Streikbrecher aus dem bairischen Wald bekommen, wie der Syndikus Dr. Gärtl meinte, aber Herr Erlmeier in Dingelring hat Klausreißer geliefert. Doch damit werden die Herren keine großen Bilder raussteden. Die Abensberger Kollegen haben es auch abgelehnt, in Pfaffenhausen Streikarbeit zu verrichten. Die Streikbrecherquellen, auf die Syndikus Gärtl spekuliert, versiegen also immer mehr. Zugang nach Weihenstephan und Pfaffenhausen ist fernzuhalten!

Korrespondenzen.

Altkatholischen. Zur Charakteristik des Herrn Schreyer jun. und über seine Stellung zur Organisation teilt uns ein Kollege mit, daß er 13 Jahre dort beschäftigt war und dann von Herrn Schreyer jun. unter Aufsicht des Braumeisters Henkel gemäßigert wurde. Bei seiner Entlassung wurden ihm noch von Henkel Schläge angeboten. Vor Bericht am 11. Februar 1911 erklärte Herr Schreyer jun. gegen den entlassenen Kollegen: „Der Brauer N. N. ist durch und durch Sozialdemokrat und ist auch aus diesem Grunde von mir entlassen worden. Daß er durch seine sozialdemokratische Tätigkeit seine Arbeit verjämte, kann ich nicht sagen. Allerdings hat er öfters Besuche von Gewerkschaftsmitgliedern gehabt. Ich fürchte, daß er einen ungünstigen Eindruck auf meine Arbeiter machte, darum habe ich ihn entlassen müssen; fleißig ist er immer gewesen.“ Also lediglich weil der Kollege dem Verbandsverbande angehört, hat ihn Herr Schreyer jun. entlassen, darum mußte er Frau und Kinder zurücklassen, die ihm nicht in die Fremde folgen wollten. So lohnt Herr Schreyer jun. langjährig beschäftigte Arbeiter, die ihre eigene Ueberzeugung haben. Diesen Herrenmenschenstandpunkt ihm abzugewöhnen, liegt an der Arbeiterschaft trotz des dort hausenden Schmarozers.

Bamberg. „Der Krug geht so lange zum Brunnen bis er bricht.“ Schon seit einer Reihe von Jahren hatten die Mälzer in der hiesigen Hofbräu- Akt.-G. unter dem Regiment des Obermälzers Reithel zu leiden. Wenn bei der Betriebsleitung Beschwerden über diesen Vorgesetzten eingingen, dann war Reithel wieder einige Tage zahmer, bis der alte Teufel, die Leute zu schikaniieren, wieder die Oberhand erhielt. Im vergangenen Herbst und nach dem Tarifabschluß trieb es Reithel wieder besonders bunt. Wir liessen der Betriebsleitung keinen Zweifel darüber, daß die Geduld der Arbeiter auch einmal ein Ende nähme, wenn Reithel sich nicht ändere oder dessen Entlassung erfolge. Am 2. März wurden die Vertreter der Arbeiter noch einmal vorfällig, um wegen dem Obermälzer Remedur zu schaffen. — Die Betriebsleitung sicherte Hilfe zu, wollte aber noch einmal wegen der Berechtigung der Beschwerden Untersuchung pflegen. Unsere Kollegen in der Hofbräu-Mälzerei hatten es jedoch satt, wegen Reithel nochmal die Probe auf das Exempel zu machen, und sie legten mittags um 12 Uhr geschlossen die Arbeit nieder. Nach einer halben Stunde war Reithel entlassen und einmütig wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Jetzt hat ja Reithel Gelegenheit zum Nachdenken, wie weit man es als Vorgesetzter bringt, wenn man den Bogen überspannt, und wenn er nun wieder als gewöhnlicher „Anschreiber“ tätig sein muß, was bei der heutigen Ueberfülle an arbeitslosen Vorderburschen durchaus nicht ausgeschlossen ist, — dann dürfte er für alle Zukunft von dem scharfmacherischen Wirren geheilt sein.

Bodum. In der Versammlung vom 3. März wurde berichtet, daß sich Kollege Höpfl über die Entziehung der Streikunterstützung beim Hauptvorstand beschwert habe. Das Verhalten Höpfls wurde von mehreren Kollegen beurteilt, indem er sich geäußert hatte, solange er vom Verband unterstützt werde, suche er sich keine Arbeit. Es muß dabei bemerkt werden, daß er noch eine Speisewirtschaft betreibt und es ihm so noch lange gepaßt hätte. Des weiteren wurde das Verhalten des Geschäftsführers und Vorstandsvorsitzenden Jung der Schlegelbrauerei einer scharfen Kritik unterzogen. Kommt ein Kollege zum Braumeister, um sich über das Vorgehen dieses Herrn gegen Verbandsmitglieder zu beschweren, so bekommt er zur Antwort, das verbitte ich mir ein für allemal von Ihnen. Dieser Herr geht auch während der Arbeitszeit in die anderen Brauereien, um seine Getreuen unterzubringen, während den verheirateten Kollegen der Umzugstag abgezogen wird. Auch nimmt es die Schlegelbrauerei sonst mit der Einhaltung des Tarifs nicht so genau, nur mit Abzügen und Strafgeldern ist man gleich bei der Hand. Ebenfalls sucht der Stadtbierfahrer Löwe die Bierfahrer anderer Brauereien in die „christliche“ Organisation zu bringen, was sich die Verbandsmitglieder niemals erlauben dürften. Auch die Bierfahrer der Brauerei Arnold Fingel beschwerten sich über Nichterhaltung des Tarifs. Eine längere Debatte entspann sich auch über das Verhalten der Firma T a u f f e n b a c h, bei welcher kurz vor Weihnachten Frieden geschlossen wurde auf das Versprechen hin, daß sie die Streikenden bei Bedarf einstellen wolle, welchem sie aber nicht nachkommt, sondern andere Arbeiter einstellt, den Streikenden aber ihren verdienten Lohn vom Monat August und zum Teil auch Rationen bis heute nicht auszahlt. Es wurde beschlossen, hier energisch vorzugehen, damit die Arbeiter zu ihrem Recht gelangen. Weiter wurde

betont, da der Konsumverein Abnehmer der Schlegelbrauerei ist, mit den Mitständen an die Öffentlichkeit zu treten, um so die Betriebsleitung zur Abhilfe zu veranlassen. Auch sollte der Bezirksleiter mit der Regelung der Sache betraut werden.

Elbing. Am 3. März fand eine gut besuchte Brauerei- und Mühlenarbeiterversammlung statt, welcher eine rege Agitation und Handzettelverbreitung voranging. Bezirksleiter Kollege Wolf referierte über das Thema: „Wie verbessern wir unsere wirtschaftliche Lage und wie eringen wir uns ein menschenwürdiges Dasein?“. Redner schilderte eingehend den schroffen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Auch wurde die gegenwärtige Forderung und die Reichversicherungsordnung einer gebührenden Kritik unterzogen. Dann schilderte Redner die Erfolge und Fortschritte der freien Gewerkschaften, speziell des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes. Besonders im Unterstützungsweize hat unser Verband Lobenswertes geleistet. Es wäre daher Pflicht eines jeden Kollegen, sich dem Verbandsverbande anzuschließen und mitzukämpfen für eine bessere Zukunft.

Nachdem noch Genosse Hanke diese Ausführungen kurz ergänzte, traten 6 Kollegen unserer Organisation bei; elliche Kollegen, welche schon dem Verbandsverbande den Rücken gekehrt hatten, gelobten aufs neue, treu zusammenzuhalten und ihre Beiträge weiter zu bezahlen. Beschlossen wurde alsdann noch, die Mitgliederversammlungen jeden zweiten Sonntag nach dem 1. abzuhalten. Nachdem Kollege Wolf für die zahlreiche Beteiligung gedankt, sprach er den Wunsch aus, daß sämtliche Versammlungen so gut besucht sein sollten. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Wöge auch der Schichtkampf dazu beitragen, die Kollegen nachzurütteln, daß sie sich auf ihr eigenes Ich besinnen, sich organisieren und die Versammlungen fleißig besuchen, dann wird auch die Zahlstelle Elbing eine Hochburg des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes werden.

Mannheim-Ludwigshafen. Die am 10. März stattgefundene Mitgliederversammlung war von seiten der Mühlenarbeiter schlecht besucht, dagegen waren die Brauereiarbeiter zahlreich erschienen. Kollege Gräule erstattete Bericht über den Abschluß der Lohnbewegung in den Brauereien, woraus zu entnehmen war, daß es ein gutes Stück vorwärts gegangen ist bei dem Tarifabschluß, wenn auch nicht alles erreicht wurde, was man gefordert hat, so ist doch ein großer Teil der Kollegen zufriedengestellt. Eine wichtige Frage für die Kollegen ist allerdings nicht erledigt: der Arbeitsnachweis. Die Unternehmer sind von der seither üblichen Mode nicht leicht abzubringen. In einigen unliegendsten Orten sind noch Differenzen zu erledigen, so in Schweigingen-Edingen, Leutershausen, jedoch wird auch in diesen Betrieben in kurzer Zeit Ruhe eintreten. Die Walzenmühlenangelegenheit ist in die Hände der Hauptverwaltung gegeben, welche versucht wird, der Direktion eine andere Meinung beizubringen in dem Verhalten gegen ihre Arbeiter. In der Germaniamühle machten sich die Kollegen daran, der Organisation Geltung zu verschaffen. Dieses war den Herren nicht angenehm und versuchten sie deshalb, einen sogenannten Werkverein zu gründen und verlangten, die Arbeiter sollten beim Portier die Beitrittserklärung abgeben und gleichzeitig den Austritt aus dem Verband erklären; die Verbandsbücher sollten beim Portier abgegeben werden. Um ihrem Verlangen Geltung zu verschaffen, wurden drei Mann, Arbeiterauschussmitglieder, gegen 8 Tage Vorausbezahlung entlassen. Die Kollegen haben aber der Direktion den Mut gezeigt und am andern Morgen die Arbeit niedergelegt. Bis mittags am gleichen Tage hatte sich Herr Werner bereit erklärt, 2 Mann wieder einzustellen, 1 Mann hatte Verzicht geleistet auf Wiedereinstellung. Herr Werner hat jetzt nichts mehr dagegen, wenn sich die Arbeiter organisieren, nur keine Agitation im Betrieb darf unternommen werden. Wieder ein Beweis dafür, was eine geschlossene und einige Arbeiterschaft fertig bringen kann. Betreffs der Auszahlung der Arbeitslohnunterstützung an arbeitslose Kollegen wurde beschlossen: ein jeder arbeitsloser Kollege ist verpflichtet, sich täglich auf dem Verbandsbureau unter Vorzeigen seiner Invalidentaxe zur Kontrolle zu melden. Zu der in nächster Zeit stattfindenden Gewerkschaftswahl wurden als Beisitzer für Arbeitnehmer die Kollegen Klopfer und Seelitzer vorgeschlagen, für die Arbeitgeber die Kollegen Huber und Kerstnermeister.

Aus Niederbayern. Der Syndikus der niederbayerischen Brauereivereinigung erzählt in seinem Jahresbericht in der „Brauere- und Hopfenzeitung“ Nr. 44, über einen Hohfott der Landshuter Arbeiterschaft gegen die Bierpreiserhöhung und lamentiert, daß Vorstandsmitglieder der Wirtevereine monatelang zu leiden hatten. Demgegenüber können wir konstatieren, daß die Landshuter Arbeiterschaft keinen Hohfott über die Brauereien wegen Bierpreiserhöhung verhängten, weder geheim noch offiziell. Es mag sich der Syndikus aber einmal bei den niederbayerischen Bauern befragen, die trotz ihrer hohen Getreide- und Hopfenpreise überall hohfottieren; sie wollten die Brauereien am liebsten ruiniert wissen. Wenn aber die Arbeiterschaft einigen dieser Wirte, die glaubten, den Bertel auf allen Suppen spielen zu müssen, einmal die Wahrheit richtig sagte, so kann doch der Syndikus noch nicht von einem Hohfott schreiben. Oder sollte sich die Arbeiterschaft Niederbayerns von einem Syndikus und dem Wirtverein Landshut dirigieren lassen? Dazu werden sich die Arbeiter nicht hergeben. Weiter erwähnt dieser Herr Syndikus auch die in Niederbayern stattgefundenen Lohnbewegungen und schreibt: Die Brauereien Münchener-Altheim, Wasserburger, Dingolfing und Baron Soden (Alt- und Neufrauenhofen) haben sich um Unterstützung an den Syndikus Dr. Gärtl gewandt, um eine direkte Verständigung und Einigung zwischen Brauereibesitzer und Arbeiter zu versuchen. In zwei Fällen sei es ihm gelungen, den Frieden zu erhalten, aber in der Brauerei Münchener-Altheim sei es fruchtlos gewesen, und es entstand dort Streik, der resultatlos verlief usw. Wir wollen diesem niederbayerischen Brauereisyndikus ins Merkblatt schreiben, daß er in Alt- und Neufrauenhofen eine wenig erbebende Rolle gespielt hat und er nicht schreiben kann, daß es ihm gelang, Frieden zu erhalten, sondern im Gegenteil: er war es, der die Arbeiter bis aufs äußerste reizte durch seine Vertuschungslust, wo er sich als Kollege bei denselben ausgegeben hat. Wenn die Brauereien ihn um die Vermittlung angegangen

haben, so hätte er konsequent handeln müssen und nicht die Arbeiter zu überreden versuchen, daß sie keinen Verband brauchen, sie sollen nur unterschreiben. Wir nennen dieses nicht Vermittlung, sondern Scharfmacherei. Wenn er aber bemerkt, daß damit der Kampf unserer Organisation in Niederbayern erledigt war, weil in dem Bezirk von unserer Seite kein Versuch mehr unternommen wurde, Tarifverträge durchzusetzen, oder wie in Wilsbiburg, wo man sich nur mit einer Lohnbewegung bezw. einer Aufbesserung begnügte, so wollen wir dem Syndikus für seine Aufforderung dankbar sein, wenn er meint, der Brauerei- und Mälzearbeiterverband hätte nicht den Mut, weitere Tarifverträge durchzusetzen. Wir wollen dem Syndikus noch nachhelfen, daß nicht bloß in Landshut ein Tarifvertrag besteht, sondern auch in Welden und Wilsbiburg sind im Jahr 1911 noch Tarife abgeschlossen worden, wo er vielleicht gar nicht einmal davon weiß. Diese Herren haben gewiß keine Vermittlung abgelehnt oder sie reichten ihre Bewegung nicht ein. Bis jetzt sind in Niederbayern in Landshut, Straubing, Geisenhausen, Welden, Alt- und Neutraunhofen und Wilsbiburg Tarife abgeschlossen, und Verbesserungen sind geschafften in Dingolfing, Wilsbiburg, Matting, Hohenthann, Furch bei Landshut, Deggendorf (Kreis), Passau, Alt-Weil, Mainburg, Altheim. Wenn nun in dem Bericht es heißt, daß in den verschiedenen Orten der Bierpreis noch in die Höhe getrieben werden konnte, so könnte es nicht schaden, wenn sich auch einmal die Brauereiarbeiter noch mehr zusammenschließen möchten, um auch für ihre so billig verkaufte Arbeitszeit mehr zu verlangen.

Dranienburg. Die Versammlung am 3. März beschäftigte sich mit den Verträgen einer hiesigen Brauerei gegen den Tarif. Das Geschäft läßt bei geringerem Geschäftsgang einige Leute aussuchen, 8 oder 14 Tage, je nachdem. „Zufällig“ aber geschieht es zu einem Termin, wo ein Arbeiter ein halbes Jahr beschäftigt ist und von diesem Zeitpunkt ab tariflich 1 M. Zulage zu erhalten hat. Kommt der Kollege dann wieder und verlangt sein Recht und macht Anspruch auf diese Zulage, dann wird ihm geantwortet: „Ja, Sie sind doch wieder neu eingestellt!“ Dann sind einige Kollegen da, welche in dem Geschäft das 18. Lebensjahr überschritten haben und denen dann ein höherer Lohn zusteht. Von diesen wurde ein Kollege entlassen und zwei weitere wurden abgewiesen mit dem Bemerkten, dieselben könnten die Arbeit doch nicht machen. Es wurde beschlossen, den Bezirksleiter zu benachrichtigen und mit dem hiesigen Gewerkschaftsleiter in Verbindung zu treten zur Regelung der Angelegenheit. Der Vorsitzende rügte den schlechten Besuch der Versammlungen als ein Zeichen großer Interesslosigkeit. Jeder Kollege sollte es als seine Pflicht betrachten, die Versammlungen zu besuchen, zu agitieren und dem Verband neue Mitglieder zuzuführen. Eine starke Organisation nur kann unsere Interessen schützen.

Rothenburg o. T. Auflösung des alten Brauer- und Küfervereins. Der seit nahezu 70 Jahren bestehende Brauer- und Küferverein hat sich aufgelöst und in eine Lokalfasse der hiesigen Zählstelle umgewandelt. Damit haben die hiesigen Kollegen bewiesen, daß es ihnen redlich Ernst wird, sich in die Reihen ihrer kämpfenden Kollegen zu stellen; daß es nicht möglich ist, in einem Verein, der ein Ueberbleibsel der Zunftzeit ist, heute noch seine Interessen zu vertreten, haben die Kollegen endgültig eingeschaut. Wohl werden die Unternehmer dieser Verein sehr bemerken, denn gerade hier ist die Einigkeit der Kollegen gescheitert.

Das Vereinsvermögen im Betrage von 300 M. wird im Konjunkturverein angelegt. Die alten Zunftinsignien, wie Fahne aus dem Jahre 1847, Brauerwappen, Bundeslade und sonstige Inventar, siedeln in das Verbandslokal über und bleiben Eigentum der hiesigen Zählstelle. Die wenigen Kollegen, die sich nicht entschließen können, dem Verband beizutreten, können ihre Beiträge wie bisher an die Lokalfasse bezahlen.

Erst ziemlich spät konnten sich die Kollegen dazu entschließen, diesen Verein aufzuheben. Mühen sich die Kollegen bewußt sein, daß nur eine geschlossene Organisation uns die Möglichkeit bietet, unsere weit hinter anderen Städten zurückgebliebenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bessern, daß es notwendig ist, daß sich auch der letzte Mann der Organisation anschließt, dann wird es möglich sein, das Verzeichnis, das zum großen Teil auf das Konto des Brauervereins zu setzen ist, nachzuholen. Kollegen, tue darum jeder seine Pflicht, denn vereinzelt sind wir nichts, geschlossen sind wir eine Macht.

Zübingen. Unsere jährliche Generalversammlung war leider nicht gut besucht. Der Vorsitzende gab den Geschäftsbericht vom verflossenen Geschäftsjahr und teilte mit, daß 19 Mitgliederversammlungen stattgefunden haben, 12 in Zübingen und 7 in Valingen, außerdem 11 Betriebsversammlungen, 2 Vorstandssitzungen, 3 öffentliche Versammlungen und 1 außerordentliche Mitgliederversammlung. Die Mitgliederzahl in Zübingen hat gute Fortschritte gemacht, es sind 58 Neuaufnahmen zu verzeichnen und der Mitgliederstand ist auf 100 gestiegen. — Hierauf gab der Kassierer, Kollege Bruber, den Kassenbericht. Die Jahreseinnahme war 1637,45 M., die Jahresausgabe 600,26 M., somit wurden 1037,19 M. an die Hauptkasse abgehandelt. Der Bestand der Lokalfasse ist 130,62 M. Die alte Vorstandskasse wurde wiedergewählt. Hierauf schloß Kollege Hoffmann die Versammlung mit dem Appell an die Kollegen, sie möchten dieses Jahr kräftig weiter arbeiten an dem Ausbau unserer Organisation.

Rundschau.

Aus der Branndindustrie.

Die Erträge in der Branndindustrie. Für den größten Teil der Branndindustrie ist das letzte Geschäftsjahr recht günstig gewesen. Der große Waja infolge der heißen Witterung im Sommer 1911 in Verbindung mit der Bierpreissteigerung haben die günstigen Resultate hervorgerufen. Schon durch die Steigerung der Dividenden vom letzten Geschäftsjahre kann man sich ein klares Bild von den Geschäftsergebnissen und der Rentabilität der Aktienbrauereien machen. In nachfolgender Tabelle spiegelt sich die

Bewegung der Dividendenziffer der Aktienbrauereien innerhalb der letzten vier Jahre wider:

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in 1000 Mark	Dividende in Proz.
1908 . . .	414	518 940	34 793
1909 . . .	469	576 806	33 867
1910 . . .	472	580 366	36 198
1911 . . .	467	558 081	39 496

Mithin war die im Jahre 1911 ausgeschüttete Dividende noch durchschnittlich um 0,4 Proz. höher als die des Publikationsjahres 1908. Gegen 1910 ergibt sich eine Steigerung um 0,9 Proz. Die 467 Gesellschaften, die ihre Bilanzen 1911 publiziert haben, erhöhten im letzten Geschäftsjahre ihr Aktienkapital von 558,80 Millionen Mark auf 558,08 Millionen Mark, mithin um 1,28 Millionen Mark. Die zur Ausschüttung gelangte Dividendensumme hat gegen das Vorjahr eine ganz beträchtliche Steigerung von 33,34 auf 39,50 Millionen Mark erfahren. Die Verbesserung der Geschäftsergebnisse kommt jedoch in der Dividendenziffer nicht ganz deutlich zur Geltung. Der beträchtliche Aufschwung hat jedoch eine Erhöhung der Abschreibungen ermöglicht gemacht. Bei 464 Brauereien sind die Abschreibungen der beiden letzten Jahre miteinander vergleichbar. Das für Abschreibungen bestimmte Aktienkapital belief sich im Jahre 1910/11 auf 560,03 Millionen gegen 558,62 Millionen Mark im Jahre 1909/10. Die Summe der Abschreibungen ist im letzten Geschäftsjahre von 41 695 755 M. auf 46 358 486 M. angewachsen. Für einen Vergleich von Reingewinn und Verlusten lassen sich die Ergebnisse von 494 Aktienbrauereien in folgender Uebersicht zusammenstellen:

	Zahl der Gesellschaften	Aktienkapital in Millionen Mark	Gewinn resp. Verlust
1909/10 . . .	447	551,84	+ 61,09
	47	31,08	- 3,99
1910/11 . . .	454	555,83	+ 71,14
	40	28,52	- 4,94

Gegen das Vorjahr hat die Zahl der mit Verlust arbeitenden Aktienbrauereien um 7 abgenommen. Auch das mit Verlust arbeitende Aktienkapital ist von 31,08 Millionen Mark auf 28,52 Millionen Mark zurückgegangen. Trotzdem ist die Summe des Verlustes im Geschäftsjahre 1910/11 auf 4 941 836 M. gestiegen. Im Vorjahre belief sich der Verlust nur auf 3 990 506 M. Der Reingewinnüberschuß hat im letzten Geschäftsjahre eine Steigerung von 57,10 auf 66,20 Millionen Mark erfahren. In Prozent berechnet ist der Reingewinnüberschuß aller Aktienbrauereien gegen das Vorjahr von 9,8 auf 11,3 Proz. angewachsen. Die Steigerung der Geschäftskosten und allgemeine Befürchtungen der Interessenten haben mit Rücksicht auf besondere Eventualitäten des kommenden Jahres aus dem reichlichen Gewinn erhebliche Rückstellungen für das Jahr 1911/12 gemacht. Gegen das Vorjahr ist mit den stark gestiegenen Großhandelspreisen für Hopfen und Malz zu rechnen, die auch teilweise das letzte Geschäftsjahr schon beeinträchtigt haben. Im Januar 1912 wurden für 1000 Kilogramm Brauereigerste, Mittelware, 134,00 M. bezahlt. Der Januar 1910 ergab für die gleiche Menge der Brauereigerste einen Preis von 146,50 M. Bedeutend ist auch die Steigerung der Hopfenpreise. Seit Januar 1910 ergibt sich ein Anwachsen von 400 auf 590 M. für 100 Kilogramm Markthopfen im Großhandel.

Aus der Mühlenindustrie.

Zur Betriebseinstellung sind infolge des Bergarbeiterstreiks bereits zahlreiche englische Mühlenbetriebe gekommen.

Aus der Unternehmerorganisation.

Unternehmerterror! Wenn ein gewerksmäßiger Streikbrecher scheinbar angesehen wird, heult die ganze schwarze Kapitalistenpresse über Terror. Über Kartelle usw. üben wirklichen Terror von großer wirtschaftlicher Bedeutung ganz ungerührt und unbehindert aus. Ein neues Beispiel dafür lieferte der Verband der Deutschen Veredelungsanstalten für Baumwollgewebe. Den Verbrauchern ging folgendes Dekret zu:

„Die Verbandsmitglieder erheben ab sofort einen Schutzkontoaufschlag von 3 1/2 Proz. Jeder Auftraggeber ist berechtigt, diesen Straufschlag nicht zu bezahlen, aber er hat damit ausdrücklich erklärt, daß er seinen gesamten Umsatz restlos den Mitgliedern des Verbandes überweist. Weiter verpflichtet er sich, falls er auch nur einmal dieser Zusicherung zuwider handelt, die Gesamtsumme der im Laufe der letzten 12 Monate bei allen Verbandsmitgliedern nicht entrichteten Schutzkontobeiträge an den Verband zu bezahlen.“

Dieses Dekret unterwirft die Abnehmer fast willenlos dem Verbands. Entweder sie akzeptieren jede ihnen diktierte Bedingung, oder sie müssen Strafen zahlen, die sie ruinieren. Eine schlimmere Diktatur, wie sie dieses „Veredelungskartell“ ausübt, ist schlechterdings nicht denkbar!

Volkswirtschaftliches, Steuerpolitisches.

Der Fleischkonsum im Jahre 1911. Die Entwicklung des Fleischverbrauchs im Deutschen Reich läßt sich nach der fortlaufenden Statistik über die gewerblichen Schlachtungen von Jahr zu Jahr verfolgen. Die Hausanschläge, über die keine regelmäßigen Erhebungen vorliegen, halten sich fast alljährlich in denselben Grenzen und dürften auf die Bewegung der Gesamtziffer nur von ganz geringem Einfluß sein. Die erhebliche Zunahme des Angebots an den Schlachthöfen, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1911 einsetzte, hat eine ansehnliche Steigerung des Konsums zur Folge gehabt. Rechnet man nämlich die im Inlande geschlachteten Stüde nach bestimmten Sägen in Fleischgewicht um unter Hinzuzählung der Mehreinfuhr, so ergibt sich folgendes Bild vom dem Fleischverbrauch in den Jahren 1907 bis 1911:

	1907	1908	1909	1910	1911
Gesamtverbrauch in Tonnen . . .	2457278	2538619	2561783	2571240	2681009
Konsum p. Kopf in Kilogramm . . .	39,63	40,41	40,20	39,78	41,02

Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen im Jahre 1911 41,02 Kilogramm, das sind 1,21 Kilogramm mehr als im Vorjahre. In dem Jahre 1909 und 1910 war der Konsum nicht unerheblich zurückgegangen. Von 1907 auf 1911 ist eine Steigerung um 1,39 Kilogramm eingetreten. Um die Zunahme des Verbrauchs im letzten Jahre richtig zu würdigen, muß man berücksichtigen, daß sie in der ungewöhnlichen Lage des Lebensmittelmarktes überhaupt sowie in dem vorübergehenden Sinken der Fleischpreise ihren Grund hat. Vor allem hat die starke Erhöhung des Angebots an den Schweinemärkten eine Schwächung der Preise und eine bedeutende Steigerung des Konsums von Schweinefleisch zur Folge gehabt. Infolgedessen wurde auch das Nachlassen des Auftriebs von Rindvieh, das eine weitere Einschränkung des Verbrauchs von Rind- und Kalbfleisch bewirkte, für die breiten Schichten der Bevölkerung nicht so sehr fühlbar. In den Jahren 1907 bis 1911 stellte sich nämlich der Verbrauch von Rind-, Kalb- und Schweinefleisch pro Kopf der Bevölkerung auf Kilogramm:

	1907	1908	1909	1910	1911
Rindfleisch . . .	14,68	15,39	16,81	15,56	14,60
Kalbfleisch . . .	2,82	3,02	3,23	2,93	2,79
Schweinefleisch . . .	22,23	21,08	19,69	20,86	22,76

Demnach ist der Konsum von Rindfleisch in den letzten beiden Jahren um 1,71 Kilogramm zurückgegangen. Gleichzeitig ermäßigte sich der Verbrauch von Kalbfleisch um 0,44 Kilogramm. Der Konsum von Schweinefleisch ist im letzten Jahre um 2,40 Kilogramm und von 1909 auf 1910 um 0,67 Kilogramm gestiegen. Gegen 1907 ergibt sich eine Zunahme von 1,53 Kilogramm. Diese Steigerung entfällt ausschließlich auf inländisches Fleisch. Die Versorgung des deutschen Marktes mit ausländischem Schweinefleisch ist in den letzten beiden Jahren sehr stark zurückgegangen. Die Mehreinfuhr von Schweinefleisch betrug im Jahre 1911 nur noch 4407 Tonnen gegen 6133 Tonnen im Vorjahre. Im Jahre 1909 überstieg die Einfuhr des Exports um 12 067 Tonnen. Die Mehreinfuhr von Rindfleisch ist hingegen von 13 413 Tonnen im Jahre 1907 auf 19 636 Tonnen im Jahre 1911 gestiegen. Als Verbraucher von Schweinefleisch kommt in erster Linie die Arbeiterbevölkerung in Betracht. Diese dürfte daher auch zweifellos aus der günstigen Marktlage einigen Nutzen gezogen haben. Allerdings ist dieser Vorteil teuer erkauft. Die Schwächung des Angebots an den Schlachthöfen, mit der im Jahre 1912 zu rechnen ist, wird eine recht erhebliche Anspannung des Fleischpreises zur Folge haben und viele Schichten der Bevölkerung zu einer starken Einschränkung des Fleischkonsums zwingen.

Soziales.

Kapitalistisches Glaubensbekenntnis. In einer Versammlung der agrarischen „Vereinigung zur Hebung der Zudererzeugung“, die kürzlich stattfand, referierte Fabrikdirektor Mattenlot-Breslau über die Lage der Zuderindustrie. In seiner Darstellung erscheint die große Ernte der Kampagne 1910/11 als ein gefährliches Unglück. Die vorausgegangene Knappheit an Ware hatte den Preis schon hinaufgetrieben, dann kam der durch die gute Ernte bedingte Preisfall. Das war für die Zuderbarone schmerzhaft. Aber noch weiteres Unheil war im Anzuge. Die Anzeichen eines guten Ertrages im Jahre 1911/12 ließen befürchten, daß sich die niedrigen Preise längere Zeit würden halten lassen. Doch die Sorge erwies sich als unbegründet. Nach der „Nordd. Allgem. Zeitung“ bemerkte der Referent:

„Aber der Himmel hatte ein Einsehen, und eine unglückliche Dürre vernichtete einen großen Teil des Anbaues — — —“

Weiter meinte der Gemütsmenschen, die allgemeine Mißernte sei ja für große Strecken des Landes bedauerlich und schmerzhaft, aber für die Zuderindustrie hatte sie doch den Vorteil, vor einer Ueberproduktion und Entwertung zu warnen, so daß die allgemeine Lage der Zuderindustrie eine günstige geworden ist.“

Der Himmel hatte also ein Einsehen, er sandte eine Dürre, die Not und Elend in Millionen Familien hineintrug. Aber den Zuderbaronen brachte sie eine gute Konjunktur. Zur Illustration der Forderung der Zuderbarone des Himmels für Profitinteressen geben wir noch eine Uebersicht über die Bewegung der Zuderpreise. Es kostete nach der Notierung in Magdeburg ein Doppelzentner Raffinade 1906: 38,80 M., 1907: 38,30 M., 1908: 40,80 M., 1909: 41,67 M., 1910: 47,38 M., 1911: 46,28 M. und im Durchschnitt des Monats Januar 1906: 35,46 M., 1907: 36,83 M., 1908: 39,38 M., 1909: 39,44 M., 1910: 46,44 M., 1911: 37,75 M. und 1912: 53,38 M. Gegenüber dem Januar vorigen Jahres war Zuder im vergangenen Monat also um 15,63 M. gleich 41 Proz. im Preise gestiegen. Zwar gehört nach der christlichen Lehre der Lebensmittelwucher zu den schlimmsten Todsünden, aber dem aus Profitjungen beklammerten Herzen entringt sich ein Dankesruf für den Himmel wegen der zur rechten Zeit gesandten Dürre, die eine so nette Haufe erlaubte! Daß diese Himmelsläubiger strammes Schüßer der „göttlichen“ Weltordnung sind, kann man verstehen!

Was die Profitwut zeitigt, darüber finden wir in den „Sozialistischen Monatsheften“ folgende Angaben: Die überaus günstige Baumwollenernte des letzten Jahres hatte in den beteiligten Handels- und Pflanzereisen der Vereinigten Staaten den Plan entstehen lassen, die Ware durch Zahlung von Voranschüssen vom Markte zurückzuhalten, um ein allzu starkes Sinken der Preise zu verhüten. Der stürmische Andrang der Baumwolle zum Verkauf hatte jedoch diesen Plan zum Scheitern gebracht, und die Folge war das außerordentliche Fallen der Baumwollpreise im Oktober 1911. Nach einem Bericht des deutschen Konsuls in New Orleans haben diese Vorgänge einen neuen Plan entstehen lassen: Die Ernte soll nämlich nunmehr durch Verringerung der Anbaufläche vermindert werden. Eine regelrechte Propaganda dafür soll eingerichtet, von Agenten sollen die Pflanzler dahin bearbeitet werden, daß sich jeder verpflichtet, im Jahre 1912 mindestens ein Viertel der von ihm jetzt bepflanzten Fläche nicht in Kultur zu nehmen. Es sollen möglichst so viele Agenten eingestellt werden, daß ein Kreis in zwei Wochen vollständig bereit werden kann. Die Leitung in den einzelnen Kreisen soll ein Komitee haben, das sich aus je einem Bankier, einem

Baumwollhändler und einem einflussreichen Baumwollpflanzler zusammenfassen soll, während die Gesamtleistung in jedem Baumwollstaat einem für die Arbeit in seinem Staate verantwortlichen Superintendenten anvertraut ist.

Also nicht der Bedarf des Volkes ist für die Ausbeuter maßgebend, sondern ein möglichst hoher und immer höher steigender Profit. Dem muß sich alles unterordnen.

Arbeiterversicherung.

Die Ablehnung des Heilverfahrens durch die Landesversicherungsanstalten. Die Gewährung von Kuren hat die Invalidenversicherung viel populärer gemacht wie die Rentenzahlung.

Die Berliner Arbeiterkrankenversicherung 1910. Das Berliner Statistische Amt veröffentlichte soeben eine Uebersicht der Betriebsergebnisse der Krankenkassen der Hauptstadt im Jahre 1910 im Vergleich mit denen des Jahres 1909.

Table with columns: A, B, C, Anzahl der Rassen, Mitglieder männlich, Mitglieder weiblich, zusammen. Rows include Ortskranken-, Betriebskranken-, and Gemeindekrankenversicherung.

Insgesamt waren also am 1. Januar 1911 in Berlin 911 604 Personen, darunter 570 392 männliche und 341 212 weibliche in den verschiedenen Krankenkassen versichert.

Schule und Kinderschutzgesetz. Das württembergische Kultusministerium bezieht in einem Erlass die Mitwirkung der Volksschullehrer an der Ausführung des Kinderschutzgesetzes für notwendig und gibt dazu eine Anzahl von Vorschriften.

Die Verhaftungen des Herrn Hilbrandt in Magdeburg-Buckau fanden keine Gnade vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. In Nr. 48 und 49 der Verbands-Zeitung 1911 war über den Streik in der Hilbrandtschen Mühle und seine Ursachen ausführlich berichtet worden.

Polizeiliches, Gerichtliches.

Die Verhaftungen des Herrn Hilbrandt in Magdeburg-Buckau fanden keine Gnade vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. In Nr. 48 und 49 der Verbands-Zeitung 1911 war über den Streik in der Hilbrandtschen Mühle und seine Ursachen ausführlich berichtet worden.

Nach einem mündlichen Verhör und einem ergänzenden Schreiben des Kollegen Krieg an die Staatsanwaltschaft wurde dann doch noch Anklage erhoben.

Am 16. März fand Termin vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte statt. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht auf die schon ziemlich weit zurückliegende Tat und die Abnahme des Interesses an der Verurteilung für jede der zwei zusammenhängenden Verurteilungen eine Geldstrafe von 10 Mk., eventuell 5 Tage.

Das Schöffengericht folgte im allgemeinen den Ausführungen des Verteidigers und erkannte auf Freisprechung. Die Kosten trägt die Staatskasse.

Herr Hilbrandt muß sich also schon eines geschickteren Ratgebers bedienen, wenn er einwandfreie Verurteilungen herbeiführen will, die dem gesetzlichen Vorschriften genügen, sofern er einen solchen in Anspruch genommen hat.

Unschuldig zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt! Vor dem fürstlich lippeischen Schwurgericht in Detmold hat am Freitag, den 9. Februar, eine Gerichtsverhandlung stattgefunden, die das allergrößte Interesse in allen Gewerkschaftskreisen beanspruchen muß.

Das Zuchthausurteil gegen Maurer ist damals von den christlichen Gewerkschaften und allen Feinden der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in der Agitation gewaltig gegen uns ausgenutzt worden.

Die Anklage gegen Maurer hat folgende Vorgeschichte: Im November 1910 streikten in Bielefeld die Näherinnen. Die für die Bielefelder Seidenindustrie tätigen Näherinnen sind zumeist Heimarbeiterinnen, sie wohnen zum Teil auswärts, u. a. auch in der Stadt Lage im Fürstentum Lippe-Detmold.

Gegen Markmann wurde ein Strafverfahren angehängt. In der Schöffengerichtsverhandlung vor dem Amtsgericht in Lage am 22. Februar 1911 wiederholten die arbeitswilligen Näherinnen ihre Behauptungen unter ihrem Eid.

Die Verhandlung gegen Markmann endete mit seiner Verurteilung wegen Vergehens gegen § 153 der Reichsgewerbeordnung zu 1 Woche Gefängnis. In dem Urteil hieß es, daß das Gericht, worüber sich kein Eingeweihter wundern wird, dem eidlichen Zeugnis der Streikbrecherinnen Glauben geschenkt habe.

Der Staatsanwalt verstand es, die Aussagen der arbeitswilligen Näherinnen im Gegensatz zu der Darstellung des Angeklagten und der Zeugen zu bringen, die den Streik billigten.

Die erneute Verhandlung brachte nicht viel neues. Der Angeklagte Maurer beteuerte seine Unschuld und machte im übrigen seine Darlegungen mit einer Bestimmtheit, die auf die Geschworenen sichtlich Eindruck machte.

Der Staatsanwalt verlangte trotz alledem wiederum das Schuldig gegen den Angeklagten im vollen Umfang der Anklage und mit den gleichen Argumenten, wie in der ersten Verhandlung.

Die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen in Frankreich. Die vom französischen Arbeitsamt alljährlich veröffentlichte Statistik über die Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, soweit diese auf Grund des Gewerkschaftsgesetzes konstituiert sind, bekräftigt auch in diesem Jahre die Tatsache, daß die Arbeiterorganisationen sich nur langsam entwickeln, viel langsamer als die Unternehmerorganisationen.

Der Staatsanwalt verlangte trotz alledem wiederum das Schuldig gegen den Angeklagten im vollen Umfang der Anklage und mit den gleichen Argumenten, wie in der ersten Verhandlung.

Table with columns: Drg. Arbeiter, Drg. Untern. Rows for years 1907, 1908, 1909, 1910, 1911.

Absolut betrug also die Zunahme der organisierten Arbeiter während der letzten fünf Jahre 133 226, die Zunahme der organisierten Unternehmer 88 488.

Getwöhnlich ist die Erscheinung zu beobachten, daß die Organisation der Arbeiter der der Unternehmer vorauszieht. Die Abweichung von dieser Regel in Frankreich läßt sich nur durch die französische Gewerkschaftstaktik erklären.

Getwöhnlich ist die Erscheinung zu beobachten, daß die Organisation der Arbeiter der der Unternehmer vorauszieht. Die Abweichung von dieser Regel in Frankreich läßt sich nur durch die französische Gewerkschaftstaktik erklären.

hineingetrieben werden, während die Arbeiter kein sonderliches Gewicht darauf legen, der Organisation anzugehören.

Table with 4 columns: Land, Forstwirtschaft, Fischerei, Bergbau, Steinbruch, Lebensmittelindustrie, Chemische Fabrikation, Papier und Polygraphie, Lederindustrie, Textilindustrie, Bekleidung, Reinigung, Möbelindustrie, Metallverarbeitung, Gebrannte Steine und Erden, Bauindustrie (Stein, Holz, Eisen), Handel, Transport, Bedienung, Hausliche und persönl. Dienste, Freie Berufe.

Ueber die Finanzverhältnisse der Organisationen gibt die Statistik keine Auskunft und läßt damit einen wesentlichen Faktor der Leistungsfähigkeit im Dunkeln.

Literarisches.

Die Jahre der Geschlechtsreise von Dr. Popitz, Heft 28 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Zu beziehen zum Preise von 20 Pf.

Lesebuch der Reichstagswahlen. Ein unentbehrliches Lesebuch für jeden politisch Interessierten.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der 'Verbandszeitung': Berlin O. 27, Schilderstraße 6 IV, Fernsprecher: Amt Königsstadt 275.

Diese Woche ist der 12. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Material zur Delegiertentwahl.

Mit dieser Nummer der Zeitung geht den Zahlstellen das Wahlmaterial (Protokolle und Wählerlisten) zur Wahl der Delegierten zum 18. Verbandstage in Mannheim zu.

Verlorene oder für ungültig erklärte Bücher:

Schrader, Buch-Nr. 48 283, geb. 10. November 1881 zu Bartschke, eingetr. 26. Juni 1910 in Osterode a. Harz.

Vorstehende Kollegen haben Duplikate erhalten. Nur diese sind gültig.

Ausgeschlossen

wurden auf Antrag der Zahlstelle Plauen: Albin Segner, Böttcher, Verb.-Nr. 33 207, geb. 30. 10. 87 in Rothendorf, eingetr. 11. 9. 10 in Plauen i. V.; auf Antrag der Zahlstelle Waldenburg: Arthur Böhm, Brauer, Verb.-Nr. 48 522, geb. 4. 9. 91 in Micheldorf, Kr. Schweidnitz, eingetr. 30. 6. 11 in Schweidnitz.

Gelebte Mitglieder.

(Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut anzubehaltenden Sterbegeldes ist in Klammern beigefügt.) Bremen: August Stern, Arbeiter, 44 Jahre (75 M.); Frankfurt a. M.: Georg Weimer, Brauer, 34 Jahre (75 M.); Elbing: Gottfried Voll, Arbeiter, 38 Jahre (45 M.); Coburg: Peter Schübel, Brauer, 27 Jahre (75 M.); Breslau: Max Rantner, 39 Jahre (60 M.); Karlsruhe: Jakob Koch, 47 Jahre (45 M.); Bremen: Johann Büschenschütt, Arbeiter, 36 Jahre (90 M.); Mainz: Karl Schmidt, Bierfahrer, 41 Jahre (45 M.); Potsdam: Otto Paea, Böttcher, 50 Jahre (90 M.);

Eingänge der Hauptkasse vom 11. bis 17. März.

Berlin 2,10; Hagen i. Westf. 200,-; Bremerhaven 190,-; Reg. 20,-; Jena 50,-; Nordhausen 206,20; Bochum 19,75; Pöfned 4,20; Schweidnitz 2,40; Finsterwalde 5,10; Seattle-Berch (Nordamerika) 10,46; Bül (Schweiz) 9,-; Götmar i. Est. 2,86; Mühlberg a. Elbe 6,50;

Berlin 4,50; Plauen i. V. 270,-; Brandenburg 60,-; Rattowitz 30,-; Wilsnack 32,-; Gnefen 12,-; Scherfede 3,-; Garris 6,-; Plauen i. V. 3,20; Bukarest (Rumänien) 6,-; Berlin 25,-; Tilsit 250,-; Gernrode a. Harz 42,-; Sonneberg 200,-; Preuznach 74,56; Unna i. Westf. 2,40; Worms 33,55; Liebenwalde 2,50; Wusterhausen 13,-; Coburg 2,10; Solingen 33,70; Unna 8,50; Dresden (Medizinschulz) 45,55; Eisenach 200,-; Göttingen 2,10 M. Für die ausgeführten Tabakarbeiter gingen ein: Regensburg 30,- M. Nichtigstellung. Zur Jahresrechnung für 1911 muß es in letzter Nummer unter den Ausgaben für Notizkalender 5317,05 M. zu Flugblättern und Druckfachen 2689,60 M. und zu Marken, Stempel und Rissen 1193,55 M. heißen.

Materialverwand.

Hofstad 25 Mitgliedsbücher. Karlsruhe 100 Mitgliedsbücher. Einbeck 20 Mitgliedsbücher. Halberstadt 30 Mitgliedsbücher. Hameln 50 Mitgliedsbücher und 200 Marken a 30 Pf. Gohl i. Thür. 1200 Marken a 50 Pf. Krotoschin 800 Marken a 50 Pf. und 400 Marken a 30 Pf. Striegau 400 Marken a 50 Pf. Jungsoldat 800 Marken a 50 Pf. Guben 20 Mitgliedsbücher. Dresden 200 Mitgliedsbücher. Neustadt a. d. Orla 20 Mitgliedsbücher. Wera 4000 Marken a 50 Pf.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Elberfeld-Barmen. Vorsitzender: Alb. Thauer, Barmen, ab 1. April Hügelstr. 75. Halle. Vorsitzender: Gg. Wall, Brunnenstr. 62. Harburg. Vorsitzender: Förster, Rathausstraße 30, I. Kassierer: Schröder, Gr. Feldstraße 28, I. Sekretärin: Unterstühung von 6 1/2 bis 8 Uhr. Hersfeld. Vorsitzender: G. Richter, Dippelstr. 7; Kassierer: G. Gebhardt, Ksbach bei Hersfeld. Unterstühung zahlt J. Hall, An der Unter-Weis 443, Hersfeld, von 12 bis 1 1/2 Uhr und von 6 Uhr ab. Kempten. Vorsitzender Bäumlner wohnt jetzt Feilberg K 30.

Gesellschaftsbrauerei Augsburg.

Einlagegeber erhalten vom 3. März bis 16. März 1912. Bamberg 120 M.; Offenburg 300 M.; Ebn 700 M.; Kilmbach 100 M.; Hof 140 M.; S. G. R. R. W. München 100 M.; Kraunstein 90 M.; Wotho 100 M.; München 400 M.; Staltach 1000 M.; Magdeburg 100 M.; Halberstadt 55 M.; Hagen 200 M.; Berlin 230 M.; Weid 300 M.; S. G. R. R. W. München 100 M.; Worms 300 M.; Köln 100 M.; Kaufbeuren 20 M.; Rosenheim 100 M.; Wasserburg 100 M.

Rückzahlungen erfolgten: Hamburg 566,40 M.; Schweinfurt 61,20 M.; Krossberg 50 M.; Berlin 10 M.; Augsburg 100 M.; Augsburg 300 M.

Gesellschaftsbrauerei Augsburg. Walter Richter.

Nachruf. Nach kurzem schweren Leiden starb am 9. März unser treuer Kollege, der Brauer Moiss Blum im Alter von 53 Jahren.

Nachruf. Am 16. März verschied nach kurzem Leiden unser treuer Kollege Paul Müller im Alter von 26 Jahren.

Nachruf. Unheilbar veripat. Am 2. März starb nach langem Leiden unser treues Mitglied Albert Zabel im Alter von 58 Jahren.

Nachruf. Am 11. März verschied unser Kollege, der Brauer Peter Schübel im 28. Lebensjahr an Nierenkrankheit.

Nachruf. Am Samstag den 24. Februar, starb infolge eines Unfalls unser treues Mitglied, der Bierfahrer Korbinian Stirmeler im Alter von 52 Jahren.

Nachruf. Nach langem schweren Leiden verschied am Mittwoch, den 13. März, unser langjähriger Kassierer, der Böttcher Otto Paetz im 51. Lebensjahr.

Nachruf. Nach langem schweren Leiden verschied am Mittwoch, den 13. März, unser langjähriger Kassierer, der Böttcher Otto Paetz im 51. Lebensjahr.

Mannheim-Ludwigshafen. Laut Beschluß der letzten Mitgliederversammlung machen wir alle arbeitslosen Kollegen darauf aufmerksam, daß sich jeder Kollege, der Unterstützung beziehen will, täglich in der Zeit zwischen 11-12 Uhr vormittags oder von 4-5 Uhr nachmittags im Bureau F 4. 9. zu melden hat.

Westdeutschland. Agitationsbeamter Koll. B. Rummel wohnt ab 25. März Koblenz, Schützenstr. 25a, II.

Veranstaltungsanzeigen.

Freitag, den 22. März. Krotoschin: 8 1/2 Uhr bei Konzal. Referent Klippel. Sonnabend, den 23. März. Altenburg: 8 1/2 Uhr 'Gewerkschaftsheim'. Gungenhausen: 8 Uhr 'Vereinslokal'. Tübingen u. Umg.: 8 Uhr Restaurant Seif. Unorganisierte mitbringen. Sonntag, den 24. März. Aachen: 2 Uhr bei Horstmeier. Unorganisierte mitbringen. Gassel: 3 Uhr bei Wittrock, Schäfergasse. Elberfeld-Barmen-Nemshaid: 4 Uhr 'Volkshaus' Elberfeld. Hagen: 3 Uhr bei Breil, Rembergstraße. Kiefa: Restaurant 'Weißes Schloß'. Triberg: 2 Uhr 'Gasthof zur Höhle'. Nelsan: 4 Uhr 'Gewerkschaftshaus'. Wittenberg: 4 Uhr Restaurant 'Einigkeit', Köpferstr. 1. Sonnabend, den 30. März. Magdeburg: 8 Uhr bei Landgraf, Braunehirschstr. 3. Mittwoch, den 3. April. Nürnberg: Die nächste Versammlung findet nicht am 12 April, sondern am Mittwoch, den 3. April, statt.

Ehrenerkärung. Die belebende Auserung, welche ich gegen den Braumeister Horlacher gemacht habe, nehme ich hiermit zurück. Schröder, Bierbrauer.

Unserem Kollegen Jakob Galfeder nebst Frau Marie nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die organisierten Kollegen in Wilsbiburg.

Unserem Kollegen Ludwig Geher nebst Frau zur silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Bill. Brauerei, Hamburg.

Unserem Verbandskollegen Wilhelm Rottfuß und Fräulein Berta Röttele zur Vermählung am 23. März die herzlichsten Glückwünsche. Die Verbandskollegen von Ludwigsburg.

Unserem Kollegen August Brüller zu seinem 25jährigen Arbeitsjubiläum am 22. März die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Zahlstelle Göttingen.

Der Ausstoß unseres aus feinsten Rohmaterialien hergestellten, extra stark eingebrauten Bockbieres hat begonnen. Preis ab Augsburg M. 25,- pro Hektoliter. Gesellschaftsbrauerei Augsburg (Telephon 2016)

Joh. Warner, Buch Nr. 68721. Um dessen Adresse ersucht Ludwig Bierlinger, Jungsoldat, Schulstraße 18 III.

Frankfurt a. M. Sollte allen Kollegen meine Gastwirtschaft in empfehlender Erinnerung. Angenehmer Sommeraufenthalt. Joseph Wöl, gen. Schlagteil, Gainerweg 150.

Gasthof zum Grünen Baum. Besitzer: Jakob Scheiffel. Memmingen, Telephon 376. Linientägliche Brauer-Vermittlung. - Gute Küche. - Best-eingerichtete Fremdenzimmer.

Gehr. Wittber, Kapit. h. Pira. Fabrikation der seit 40 Jahren bekannten Chemnitzer Holzschuhe, hohe mit Schnalle und niedrige. Ralgerpantoffeln mit wasser-dichtes Lederfell.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Brauer Deutschlands!

Prima Lederhose mit Leder-taschen 8,50, Weste 4,50, Jackett mit warmen Futter 16 M. Lederhose III (Draht-gewebe) mit Ledertaschen 6,50, Weste 3,50, Jackett 12 M. Lederhosen (Sorte II) 5,50, Weste 3, Jackett 11 M. Mancheiter (Sorte I), Hufe mit Ledertaschen 8,50, Weste 4,50, Jackett 16 M. Mancheiter (Sorte II), Hufe mit Ledertaschen 7, Weste 3,50, Jackett 14 M. Versendet nach allen Orten Deutschlands und des Auslandes. Schriftlänge und Brustweite genügt für guten Sitz. Bei Bestellungen von 10 M. an frei ins Haus. Katalog frei.

Emil Hohlfeldt, Spezialfabrik für Berufskleidung, Dresden N., Ritterstr. 2 u. 4.

Kleiderfabrik und Weberei E. Fritsche, Niederoderwitz i. Sa.



Hannover. Sollte allen Kollegen mein Restaurant, der Neuzeit ent-sprechend eingerichtet, bestens empfohlen. Hans Graf, Schuhstr. 6.

Die besten wasser-dichten Holzschuhe von M. 3,75 per Paar an, erhalten Sie bei Franz Otte, Dortmund, Märkische Str. 38. Seit ca. 40 Jahren Lieferant für Brauer im In- und Ausland.

Ein heller Kopf beachtet den Einkauf mein günstiges Angebot. Sie kaufen wasser-dichte Holzschuhe am besten und billigsten direkt von der Fabrik.

Neue Modelle, geschlossene Lasche M. 3,60 mit Leder besohlt, Ellen u. Nägel 4,50 bei 2 Paar 1/2, bei 3 Paar franco Inland.

Georg Herr, Holzschuhfabrik, Frankfurt a. M., Gelnhäuser-gasse 5. Leder-Ferjenschoner a Paar 90 Pf. Begründet 1851. Preisliste gratis.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Die beste Bezugsquelle für wirklich brauchbare und extra starke Holzschuhe und Stiefel - führe etwa 30 Sorten - sowie sämtliche Bedarfsartikel in Arbeitsachen, Wäsche, Krügen und Koffern. Viele Anerkennungs-schreiben. Preisliste gratis.

Joh. Dohm, Kiel, Michelfenstr. 12, Spezialgeschäft für Brauereiarb.

Gutes niederbayerisches so-genanntes Rothaler Bauerngelechts versendet gegen Nachnahme per Pfund zu 1,10 M. Achtungsvoll

X. Engl Müller, Seiderei, Pfarrkirchen (Niederbayern).

Bergnügungsanzeigen. Berlin. Sonnabend, den 30. März 1912. Großes Frühlingsfest in den herrlichen Alpen mit Ausflug nach dem schönen Berchtesgaden in den eigens für diesen Abend festlich dekorier-ten Gesamtträumen der 'Neuen Welt', Hasenheide. - Alpen-glühn, geheimnisvoller See, Wasserfall, Ruischbahn und an-dere Belustigungen. - Eintritts-latte 50 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr. NB. Von abends an stehen uns sämtliche Räume zur Ver-fügung.

Kassel. Am Sonnabend, den 18. März, findet in den Lokalitäten des großen Stadtparis am Garde-Du-Corps-Platz statt. Alle auswärtigen Kollegen sowie die umliegenden Zahlstellen sind freundlichst eingeladen.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.

Stärkste, bequemste, wasser-dichte Schuhe. potentiamlich gefügt, D. R. G. M. 467814, doppelt geschlossen, innere Lasche geschlossen wie Art 3, Hinterleil samt Deckel u. Riemen aus 1 Stk. Leder, abreißen aus-geschlossen. Mit Doppelleberohf. u. Gebirgsbeschlagn 12 M. Schaffstiel 7 M., Gummizugstiel 5 M., Gamaschen 6 M., Füßenzugstiel 90 Pf., Knochhaarschnur 35 Pf. 2 Paar Schuhe portofrei.